B2

von 1869 unverändert übernommene § 152 sollte die persönliche Freiheit der einzelnen Arbeiter und Arbeitgeber schützen. Er war zu einer Zeit Gesetz geworden, in der die Vereinigungen der Arbeitnehmer im Wirtschaftsleben bei weitem nicht die Bedeutung hatten, die sie in den letzten Jahren vor dem Kriege und insbesondere nach dem Kriege erlangt haben, und in der demgemäß die Rechte der Arbeitnehmer- bzw. Arbeitgeberorganisationen von der Rechtsordnung dem Rechte des Einzelindividuums nachgesetzt wurde. **Entsprechend der jetzigen wesentlichen Bedeutung der Arbeitnehmer- und Arbeitgeberorganisationen für den Wirtschaftsfrieden (lies: die Profitwirtschaft, d. Red.) ist ihnen in Artikel 159 der Reichsverfassung „die Vereinigungsfreiheit zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen" gewährleistet, und es sind „alle Abreden und Maßnahmen, welche diese Freiheit einzuschränken oder zu behindern suchen, rechtswidrig".**

Hiermit ist nicht so sehr der einzelne, als vielmehr die Berufsorganisation als solche geschützt. Mit diesem in der Reichsverfassung den Berufsverbänden gewährten Rechtsschutz ist es nach Ansicht der Kammer aber nicht vereinbar, wenn die Berufsverbände der gewerblichen Arbeitnehmer oder Arbeitgeber ihren Mitgliedern ohne den Rechtsschutz gegenüberstehen, welchen die Verbände aller nicht gewerblich Tätigen genießen und welcher für die Wirksamkeit dieser Verbände, die insbesondere in ihrer Geschlossenheit liegt, notwendig ist. Haben diese Verbände nicht die Möglichkeit, mit ihren Mitgliedern über Austritt, Kündigung, Beiträge und dergleichen freie und bindende Vereinbarungen zu treffen, wie sie allgemein auf dem Gebiete des Vertragsrechts zulässig sind, so sind sie in Wirklichkeit zu den ihnen im Wirtschaftsleben zukommenden Aufgaben unfähig gemacht. Nicht die Verbände sind dann geschützt, sondern der einzelne. Das widerspricht aber dem Sinn und Zweck des Art. 159 der Reichsverfassung und führt daher notwendig zu der Auffassung, daß § 152 Abs. 2 GO. nicht mehr rechtsverbindlich ist. **Er steht also der Geltendmachung des Klageanspruchs nicht entgegen.**

Dasselbe gilt im vorliegenden Falle aber auch für § 39 BGB. Die Kammer steht hier wohl auf dem Standpunkt, daß der Austritt nur mit den in Absatz 2 dieses Paragraphen erwähnten Maßnahmen eingeschränkt werden darf, und ~~daß jede~~ andere Beschränkung, die geeignet ist, den freien Willen des Vereinsmitgliedes mitzubestimmen, unwirksam ist. Aber die Fortzahlung der nach dem Vertrage der Klägerin zu zahlenden Mitgliedsbeiträge kann als eine solche maßgebliche Bestimmung bei einem höheren Bankbeamten keinesfalls erachtet werden. Es handelt sich auch nach den beschlossenen Erhöhungen um so geringe Beträge, daß die Fortdauer der Beitragszahlung auf ein weiteres Halbjahr nicht geeignet erscheint, einen höheren Bankbeamten bei der Entschließung über seinen Austritt aus dem Verein zu beeinflussen, zumal er bei seinem Beitritt diese Verpflichtung gekannt hat.

Dagegen steht das Landgericht auf dem Standpunkt, daß Beschlüsse, die von der Organisation nach dem Austritt des betreffenden Mitgliedes gefaßt worden sind, für dieses nicht bindend sind."

Die sehr anerkennenswerte Würdigung, die das Landgericht II zu Berlin den in arge Bedrängnis geratenen Berufsorganisationen zuteil werden läßt, ist doch sehr zu begrüßen, nicht war, „Zentralorgan des schaffenden Volkes"?

Ob dadurch das Ansehen der in ziemlichen Mißkredit gekommenen Berufsorganisationen wieder aufgefrischt werden kann, möchten wir sogar bezweifeln.

Uebrigens werden in Zukunft die Gewerkschaften auf Grund des geschichtlich bedingten Zusammenbruchs der Warenwirtschaft, und sie doch mit dieser auf Tod und Leben verbunden sind, noch ganz andere Gemeinheiten begeben, als bis jetzt und da ist doch dieses Urteil eigentlich schon die Grundlage für die Verfügung. Jeder schaffende Mensch des einigen deutschen Volkes gehört seiner Berufsorganisation an, da die Interessen dieser für die Wirtschaft so äußerst notwendigen Organisationen eben höher stehen als die Interessen des demokratisch verwöhnten Michels als einzelner.

Eine Frage drängt sich uns auch noch auf. Welchen Weg mögen wohl die erobernden Zellenbrüder einschlagen?

Wir meinen nicht die Proletarier der KPD., die schon Leser des „Freien Arbeiter" oder der „Aktion" geworden sind, durch irgend eine „übermittelte' Erkenntnis, sondern jene um Brandler, die nach wie vor die einzigen, wahrhaften, nationalen Elemente in der „Republik" sein wollen.

Demokratisches

Vom deutschen Seemannsstreik berichtet die TU., er „dürfte voraussichtlich in Kürze erledigt sein und **die Beteiligten den zuständigen Heimatbehörden zur Bestrafung zugeführt werden". In Hamburg sei die Besatzung eines am Streik beteiligten Dampfers bereits in Haft gesetzt worden.** Nach derselben Quelle hat der Sekretär des Internationalen Seemannsverbandes, Damm, erklärt, daß der Streik auch auf Amerika übergreifen wird. Zurzeit liegen mehr als 60 deutsche Schiffe in englischen Häfen fest.

•

London, 19. 1. (WTB.) In Anbetracht der Berichte, daß deutsche Seeleute, die jetzt in England streikten, von den deutschen Konsuln dahin unterrichtet worden seien, sie würden bei ihrer Rückkehr nach Deutschland gerichtlich belangt werden, hat laut „Daily Herald" gestern eine Konferenz in London stattgefunden, auf der beschlossen wurde, den deutschen Botschafter dahin zu unterrichten, wenn die deutschen Schiffsbesitzer zu einer derartigen Taktik übergingen, so würde dies das Signal für die englischen Dock- und andere Arbeiter sein, sich zu weigern, irgendwelche deutschen Schiffe in britischen Häfen zu laden oder zu entladen. Der Vorsitzende des nationalen Seemanns- und Heizerverbandes, Havelock Wilson, der diese Konferenz leitete, erklärte, jeder Versuch der deutschen Schiffsbesitzer, Streikbrecher einzuführen, werde das Signal für eine Arbeitseinstellung sein.

•

Wer die deutschen Seeleute kennt, weiß, daß man ihnen schon allerlei geboten haben muß, wenn sie solange im Streik verharren und sogar vor der „vollendeten Demokratie" keine Angst haben.

Daß die englischen Seeleute eine, auf den ersten Augenblick ziemliche große Portion Solidarität aufbringen beruht auf die Furcht vor der deutschen Schmutzkonkurrenz.

Schon immer haben viele deutsche Matrosen und Heizer auf englischen Schiffen gefahren, weil der „gelinde Unteroffizierston" und der „schneidige Leutnant", die uns bekanntlich bis heute noch kein Staat nachmacht, eben dort nicht vertreten waren. Jedenfalls war es der fortgeschrittenste Teil der deutschen Seeleute, die auf englischen Schiffen fuhren.

Eine starke Verschlechterung der Verhältnisse der deutschen Seeleute hat natürlich internationale Auswirkung, genau so wie der 10—12-Stundentag in Deutschland nicht ohne internationale Auswirkung bleiben kann.

Uebrigens werden auch die Wasserratten bald davon überzeugt werden, daß im zusammenbrechenden Kapitalismus eine Verbesserung der Lebenslage nicht möglich ist, sondern, daß um die gesamte Produktion, und dazu gehört auch die Seeschiffahrt, gekämpft werden muß.

Die Triebkräfte des Antisemitismus

Die Methoden des Bonapartes gegen das Volk sind vorzüglich drei: rücksichtslose Gewalt bei guter Gelegenheit, Verwirrung und Korruption. Nur die letzten zwei rechnen zum Bonapartismus im technischen Sinn.

Der neubelebte Antisemitismus ist eine politische Tageserscheinung, der im allgemeinen von den Linksparteien zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt wird. Die Demokraten von der Richtung des „Berliner Tageblattes" schenken seiner Bekämpfung nach am meisten Zeit und Raum. Hier ist die Bekämpfung des Antisemitismus „eigene Sache" der Partei, resp. der Schattierung, die eine Fraktion des jüdischen Mittelstandes, des mittleren Kapitals und des jüdischen Kleinbürgertums in ihr darstellt. Die Sozialdemokratie glaubt den „Sozialismus der dummen Kerle" völlig übersehen zu dürfen, und die KPD. glaubte eine geraume Zeit lang, in den Schlammgewässern des neuen Antisemitismus im Trüben fischen zu können — wie sie jetzt wohl feststellen wird, mit absolut negativen Erfolg. Denn auch ein „sympathisierender" Antisemit ist eben in erster Linie Antisemit, und sympathisiert mit dem Kommunsmus nur n so weit, als er ihn als „Teilung der vorhandenen Güter" auffaßt. Und da nach seiner Ideologie die Juden fast den gesamten Reichtum in ihrer Hand vereinigen, träfe ja diese verdammte Rasse das Schwert des Kommunismus zuerst — und sein Deutschland hätte, auch in kommunistischer Verfassung, keinen Platz für „Fremdstämmige". — Damit soll nicht gesagt sein, daß man, wie es in dem republikanischen Witzblatt „Lachen links" geschieht, die proletarische Anhängerschaft der deutschvölkisch-antisemitischen fänger durchweg als Lumpenproletariat bezeichnen darf. Natürlich „arbeitet" bei einem kleinen Pogrom in der Grenadierstraße in erster Reihe das Lumpenproletariat. Das liegt schon an der Gegend. Aber es ist nicht zu übersehen, daß, wo auch ein Pogrom stattfinden würde, ein großer Teil der Arbeiterschaft, selbst wenn er sich nicht aktiv beteiligt, der Sache mit „wohlwollender Neutralität" gegenüberstehen würde, und der Teil des bewußt revolutionären Proletariats, der auch im tiefsten Innern jedem Antisemitismus fern steht, ist heute sehr klein; um so mehr, als die KPD. hier die Grenzen verwischt hat und, während sie glaubte, doch bei ihrer Hetze gegen das jüdische Kapital" in erster Linie das Kapital zu treffen, das „jüdische Kapital" nun schon bei dem kleinen Gemischtwarenhändler in der Grenadierstraße anfängt. Die antisemitische Sorte ihrer Anhänger ist hier von einer größeren Konsequenz als die „Zentralen", sie kennt hier keine Mittelstandsaktion und zieht unter Umständen die „sofort greifbare Ware" des David Jüngermann den schwerer angreifbaren Tresors der „jüdischen Banken" bedeutend vor.

Aber gerade darin lohnt es sich, dem Proletariat die Triebkräfte des neuen Antisemitismus einmal klarzulegen. Es wäre reichlich naiv, den Antisemitismus von heute als einen aus der „Volksmasse" spontan geborenen „Sozialismus der dummen Kerle" anzusprechen. Es ist im Gegenteil ein sorgfältig herauskristallisierter Homunkulus aus der konterrevolutionären Retorte. „Der Jude" hat in der Terminologie der Konterrevolution die Rolle des „inneren Feindes" übernommen, die in der ersten Zeit des Deutschen Reiches die Sozialdemokratie, in der ersten Zeit der Republik „Spartakus" spielen mußte. Warum?

Die sozialen Gegensätze halten die innerpolitische Lage bis zum äußersten gespannt. Eine neue Kriegshetze läßt sich nicht mehr entfesseln. Die Gardetruppen der Konterrevolution beschränken sich heute nicht auf Gymnasiasten; aller „deutsche Geist hilft schon dem jungen Akademiker, der nicht mehr aus Vaters Tasche" leben kann, nicht darüber hinweg, daß es für einen knurrenden Magen wichtigere Dinge gibt, als militärische Spielereien. Die Desperados des Baltikums, die Schlageterheldengestalten, finden sich allmählich in die heimischen Kontore zurück, und die junge Garde der „Hitlerbuben" ist schon vor einer Kompagnie Reichswehr ein Gelächter. Mit diesen Truppen würde jedes Manöver gegen einen äußeren Feind eine Farce. Das fühlen die Drahtzieher der deutsch-völkischen Partei recht gut, abgesehen vielleicht von einigen Studienräten, die sich auf Fichte-Kopien eingestellt haben. Bliebe der Sozialismus als innerer Feind. Aber abgesehen davon, daß kaum eine Forderung denkbar wäre, vor der die offiziellen Häupter der Sozialdemokratie nicht zu Kreuze kriechen würden — ein Angriff auf das Wesentliche des Sozialismus, nakt und unmaskiert vorgetragen, fände die geeinte Front der Arbeiterschaft gegen sich. Darum versucht man hier durch Ermattungsstrategie zum Ziel zu kommen. Teilkämpfe um Lohn- und Arbeitszeit, „Anerkennung" des Prinzips, bis es vor lauter Löchern nicht mehr zu sehen ist (siehe Achtstundentag) und Entente cordiale mit den „berufenen Führern", gegen die man ja doch so wenig kämpfen kann, wie gegen einen Quallenschwarm — — — hier hilft das dritte Mittel am besten. Und „Spartakus?" — Diese Parole ist nicht mehr zu brauchen, denn die Zeiten, in denen Proletarier freiwillig zu Noskes Garden gingen, sind vorbei. Wird das kämpfende Gros des Proletariats nicht zu Kämpfen gezwungen, mit einer Frage, die ihm keinen Ausweg läßt — zum Kampf gegen die eigene Klasse ist das deutsche Proletariat nicht mehr zu brauchen.

Es bleibt also der „Jude'. Und der bietet für die Verwirrungstaktik der neuen Bonapartes ein glänzendes Objekt. Der Krieg hat besonders in Berlin und wohl auch in den übrigen Großstädten eine, freilich nicht freiwillige Invasion durch das Ostjudentum gebracht. Das sind Typen, denen die „Fremdstämmigkeit" auf dem Gesicht steht. Der Valutasturz brachte neue Scharen des gleichen Typs, und sie waren nicht in der Lage, sich durch Mimikry ihrer Umwelt so anzugleichen, wie die zahllosen Valutahyänen anderer Abkunft. Und sie haben noch einen „Vorzug": den der „Schutzlosigkeit". Den verschiedensten Staaten angehörig, können sie einer Verfolgung nicht das „civis romanus sum" entgegensetzen. Keine dominierende Schutzmacht steht hinter ihnen. Und im Kapitalismus herrscht noch immer das sympathische Kannibalenprinzip, das schutzlose und schwache Clangenossen im Bedarfsfall zum gesellschaftlichen Küchenproviant rechnet. Darum entfesselt der Kapitalismus jetzt ruhig den antisemitischen Hofhund. Die paar zerfetzten Kaftane lassen sich flicken — — — es gibt keinen bequemeren Prügelknaben. Weil die Juden, als ein seit Jahrhunderten auf Kommerz und Kreditwegen als fast einziges Subsistenzmittel hingewiesenes Volk alle Schäden des Kapitalismus am deutlichsten repräsentieren, bildet man der Masse ein, daß mit der Beseitigung dieser Repräsentanten alle Schäden ausgemerzt seien. — In Wirklichkeit ist die Judenhetze nur dem alten Gaunertrik des „Haltet den Dieb!" Geschrei zu vergleichen, das dem wirklichen Dieb dient, unerkannt zu entkommen. Sie bezweckt nur eine Neuauflage der alten Illusion, das mit einer Veränderung der Personalbesetzung ein Systemwandel verbunden sei, nur erweitert auf eine größere Zahl auf eine Klasse der „Volksgenossen". Denn weil die Folgen eines Pogroms ja doch nur die schutzlosen „Schutzverwandten" tragen würden, gibt das große Kapital, auch die jüdischen Kapitalisten, unbedenklich seine Zustimmung zu dieser Pogromhetze. Weil sie ja Gelegenheit bietet auch den Sozialismus als eine „jüdische Erfindung zu denunzieren. Kommt es bei dieser Hetze je zum Klappen, so verschwindet der einzelne jüdische Großkapitalist als Person schleunigst aus dem Ueberschwemmungsgebiet der übergekochten Volksseele und beruhigt sein persönliches Gewissen (soweit noch vorhanden) durch eine entsprechende Geldsumme für die Opfer des Pogroms. „Sein Kapital jedoch, und damit seine Macht, wird durch das Pogrom nicht angetastet — so wenig wie das Gesamtkapital. Die Personalbesetzung der Regierung wird, wenn nötig, etwas geändert, und die garantiert arischen Marionetten werden an denselben kapitalistischen Fäden gelenkt werden, wie vordem. — — —

Der neuaufgezogene Antisemitismus ist ein Ablenkungs- und Verwirrungsmanöver des Kapitals. Es gibt einen ohnehin (als jüdisches Kleinbürgertum) auf verlorenem Posten stehenden Teil seines Heeres preis, weist die feindliche Phalanx noch ausdrücklich darauf hin, um desto ungestörter alle seine übrigen Kräfte zusammenzuziehen und zum entscheidenden Kampfe formieren zu können. Und die Arbeiterschaft, die statt des Kapitals das jüdische Kapital, statt der kapitalistischen Republik die jüdische Republik als Feind zu sehen sich gewöhnt, wird eines Tages erkennen, daß es nicht gegen Riesen, sondern gegen Windmühlenflügel kämpfte. Die Schläge aber, die es in diesem Kampf von den Windmühlenflügeln erhält, werden recht schmerzhaft sein; denn das Getriebe der Mühle des Kapitalismus bleibt trotz dieser tragisch-lächerlichen Attaken intakt.

Wirtschaft

Die französische Inflationskonkurenz

Wir haben schon früher und des öfteren dargelegt, daß der Preisumschwung nicht ein Zeichen der Gesundung, sondern nur ein anderes Symptom derselben Krankheit ist, die in Zeiten der deutschen Inflation die Preise maßlos in die Höhe trieb. Dem deutschen Kapital geht die erzwungene Preisherabsetzung bereits stark an die Nieren, es klagte über „Verluste" und merkte, daß ihm ob dieser Verluste bald die Puste ausgeht, und die schönen Pläne von Reorganisation durch „Abbau" wieder über den Haufen geworfen werden. So schreibt der Wirtschaftsberichterstatter der „DAZ." in der Nummer vom Sonntag, den 20. Januar:

„Um die Konkurenzfähigkeit auf dem Weltmarkt zu erhalten, ist die Industrie gezwungen, die Produktionskosten einzuschränken. Dazu bedarf es der Entlassung zahlreicher Arbeiter und Beamten, der Herabsetzung der Löhne und der Verlängerung der Arbeitszeit. Das Heer der vom Staate Entlassenen wird durch Entlassungen der Industrie noch bedeutend vermehrt. Die Arbeitslosigkeit hat dadurch einen Grad erreicht, der schon allein wegen der Belastung der Staats- und Gemeindefinanzen durch die Fürsorge für sie ein schwerer volkswirtschaftlicher Nachteil ist. Eine gesunde Volkswirtschaft muß nicht nur die Ernährung, sondern auch die Beschäftigung der Bevölkerung sicherstellen können, denn Beschäftigungslosigkeit in größerem Umfange birgt stets erhebliche politische Gefahren in sich und ist auch volkwirtschaftlich auf die Dauer unerträglich, wie das Beispiel Englands zeigt."

Um fortzufahren:

„Durch den **Sturz des französischen Franken und den Rückgang der Pfund Sterling wird leider der Erfolg der einschneidenden Maßnahmen der Industrie zur Hebung der Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkte stark gefährdet.** Es ist unbedingt erforderlich, daß die Gefahr, die durch die ausländische Konkurrenz mittels Dumping droht, abgewendet wird, da sie der einheimischen Industrie auch im Inlande den hier ohnehin stark eingeschränkten Absatzmarkt noch weiter einengt. Die Dumpinggefahr besteht in erster Linie auf dem Gebiete der **Eisen- und Textilindustrie** macht sich aber auch beispielsweise auf dem **Gebiete der Versorgung mit Mehl** und anderen Müllereierzeugnissen stark geltend, deren Einfuhr bedeutend **steigt** und der deutschen Müllerei sowie indirekt der Landwirtschaft schweren Schaden zufügt."

Wenn man die Tatsache berücksichtigt, daß jene Inflationsperiode erst am Anfang steht, und heute schon die zehnstündige Arbeitszeit nicht mehr genügt, um die Konkurrenz aus dem Felde zu schlagen, so kann man sich leicht ausrechnen, wie lange eigentlich die Arbeitszeit in Deutschland ausgedehnt werden muß, um „durchzuhalten". Und hier liegt zu gleicher Zeit der Schlüssel für die „Herabsetzung der Preise". Die ausländischen Erzeugnisse sind heute schon bedeutend billiger als die deutschen; den deutschen Industriellen und Agrariern erwächst eine mächtige Konkurrenz. Die vorhandenen Waren müssen abgestoßen werden bei Strafe von immer größeren Verlusten, die Konkurrenz macht jedoch eine weitere Fortführung der Produktion immer schwieriger. So findet dieser Preisabbau zuletzt seine natürliche Grenze in der immer weiteren Einschränkung der Produktion, immer größere Arbeitslosigkeit und der damit verbundenen vollständigen Erdrosselung der Kaufkraft. Das momentane scheinbare billige Lebensmittelangebot ist zurückzuführen auf den inneren Ausverkauf. Mit dessen Beendigung muß der Dalles noch krasser hervortreten wie je zuvor. Die deutsche Republik kann dieser Erscheinung jedoch gar nicht begegnen. Antidumpinggesetze sind deswegen unwirksam, weil die deutsche Industrie nur zum geringen Teil für den inneren Markt produziert und, wenn sie nicht auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig ist, in sich zusammenbrechen muß. Die Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt jedoch wird nicht hergestellt durch Antidumpinggesetze, auch nicht durch wahllose Verlängerung der Arbeitszeit. Deutschland ist als Industrie einfach erledigt. Der einzige momentane Ausweg wäre noch eine neue Inflation von höchstem Ausmaße, jedoch wenn überhaupt so nur für ganz kurze Zeit. Letztere wird jedoch aller Voraussicht nach einsetzen, ohne daß nennenswerte Aufträge hereingebracht werden können, weil sie zu kurz sein wird. So ist mit Sicherheit damit zu rechnen, daß das Kartenhaus, das jetzt manchem Proletarier täuscht, bald in sich zusammenbrechen wird, und die leidliche Jagd nach dem lieben Fraß wieder fieberhaft einsetzen wird.

Bis dahin dürften jedoch auch alle Betrügsmanöver durchschaut sein. Es bietet sich absolut keine Möglichkeit mehr, die offen und mit aller Wucht hereinbrechende Krise zu „stabilisieren", und das deutsche Proletariat wird gut tun, sich bei Zeiten den Schlaf aus den Augen zu wischen, wenn es nicht im Schlafe erwürgt werden will.

Konzentration

Vollständiger Zusammenschluß der oberschlesischen Zementindustrie. Während bisher einzelne Gruppen in der oberschlesischen Zementindustrie bestanden haben, ist es den in letzter Zeit geführten Verhandlungen gelungen, einen vollständigen Zusammenschluß fast aller oberschlesischen Werke in eine einzige Interessengemeinschaft herbeizuführen. Die Gesellschaften: Vereinigte Portland-Zement- und Kalkwerke Schimischow, Silesia und Frauendorf, Schlesische A.-G. für Portland-Zement-Fabrikation zu Groschowitz, Oppelner Portland-Zement-Fabriken vorm. F. W. Grundmann, Oberschlesische Portland-Cement- und Kalkwerke A.-G. berufen in nächster Zeit ao. G.-V. ein, denen die Interessengemeinschaftsverträge zur Genehmigung unterbreitet werden sollen. Eine Vermehrung des Aktienkapitals der beteiligten Gesellschaften kommt nicht in Frage.

Nachruf

Am 5. Januar verschied unser Genosse Jacob Kuska. Genosse K. war Gründer der Ortsgruppe Dortmund. Wir werden sein Andenken in Ehren halten.

Ortsgruppe Dortmund.

Verantw.: Sengebusch, Köln. — Herausg. von der KAPD.
Druck: Karl Bergmann, Berlin.

Proletarier

Zeitschrift für Kommunismus

Nr. 7, Jahrgang 5 | Januar 1924 | Preis 0,15 Goldmark

Die Kämpfe im Ruhrgebiet

Bochum, 24. Januar. Die Zahl der Feierschichten im Bergbau des besetzten Gebietes nimmt katastrophalen Umfang an. Am Mittwoch wurde von weiteren 16 Schachtanlagen gemeldet, daß sie gezwungen seien, den Betrieb mit Feierschichten zu belegen. Als Ursache wird neuerdings auch Absatzmangel angegeben, wenn gleich in der Hauptsache die ungenügende Wagengestellung durch die Regie die Ursache ist. Auf der Zeche „Minister Achenbach" ist in den letzten Tagen nicht ein einziger Wagen gestellt worden. Die Notlage der von den Feierschichten betroffenen Arbeiter ist ungemein groß. **Infolge der erheblichen Abzüge vom Lohn müssen die beschäftigten Bergarbeiter mindestens drei Schichten in der Woche verfahren, wenn sie so viel verdienen wollen, wie die Erwerbslosen Unterstützung erhalten.** Dabei sind aber drei bis vier Feierschichten wöchentlich durchaus keine Seltenheit mehr. Ueber die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Uebertagebelegschaft des Ruhrbergbaues finden in den nächsten Tagen neue Verhandlungen statt.

Am Donnerstag wurden auch aus dem Bergbau des unbesetzten Gebietes Feierschichten wegen Absatzmangels gemeldet. Auch dort sind auf einzelnen Zechen bis zu vier Feierschichten eingelegt worden. Diese Tatsache ist um so ungeheuerlicher, als erst in der letzten Zeit ein großes Kohlenabkommen mit England und der deutschen Reichsbahn abgeschlossen worden ist. Man führt also in größtem Ausmaße englische Kohle in Deutschland ein, während selbst die Arbeiterschaft im unbesetzten Gebiet auf der Straße liegt.

Die Wirkung der Micumverträge belastet weiterhin die Gesamtwirtschaft des besetzten Gebietes in sehr erheblichem Maße. Der Vorstand der Phönix-A.-G. in Hörde, dessen Werke bisher vollkommen stillgelegen haben, will nunmehr dazu übergehen, **in bescheidenstem Umfange versuchsweise den Betrieb wieder aufzunehmen.** Bei Besprechungen mit der Betriebsleitung wurde jedoch betont, daß irgendwelche Verpflichtungen für dauernde Beschäftigung oder völlige Wiederaufnahme des Betriebes nicht gegeben werden können. Zweifellos wirkt die Belastung durch die Micumverträge in außerordentlichem Maße lähmend auf die Wirtschaft des Ruhrgebietes ein.

*

Diese Meldung des „Vorwärts" vom 25. Januar, gebracht auf der ersten Seite, zeigen dem Proletariat mit ganzer Schärfe den Weg auf, den es bisher gegangen ist, gerade eben durch seine Gutgläubigkeit gegenüber allen möglichen Parolen von seiten seiner Berufsorganisationen, den Gewerkschaften und den aus ihnen entsprießenden und aus ihnen auch immer wieder neue Kräfte saugenden politischen, parlamentarischen Parteien.

Als am 11. Januar 1923 der Einmarsch der Franzosen ins Ruhrgebiet erfolgte, da ging eine Welle der nationalen Begeisterung durch das Volk der Dichter und Denker. Zum Volk rechnet man dann auch den großen Lümmel, das Proletariat. Unter dem Protektorat der Gewerkschaften nebst den politischen parlamentarischen Parteien, einbegriffen die KPD., die sagar nach ihrer „Fahne der Revolution" Nr. 1 erklärte, daß die KPD. den Massen beweisen müsse, daß sie die einzige nationale Partei Deutschlands ist, setzte dann der Kampf ein gegen den fremden Räuber. Da man nun nichts weiter hatte, um diesem bis an die Zähne bewaffneten Heerhaufen gegenüberzutreten, so markierte man den still Leidenden und der Kampf der Seele gegen die Bajonette begann. Um diese jetzigen Verhältnisse zu begreifen, muß das Proletariat die Ursachen dieser systematischen Zermürbung und teilweise Vernichtungskrieges erkennen. Das deutsche Kapital hatte den Versailler Friedensvertrag unterschrieben, da ihm durch seine militärische Niederlage nichts anderes übrig blieb.

Von der Unterzeichnung des Friedensvertrags bis zum Ausgang des Jahres 1922 wurden auch die Sachlieferungen von der deutschen, demokratischen Republik getätigt. Durch die Inflation war es dem deutschen Kapital sehr leicht möglich, systematisch und spielend leicht die Löhne zu drücken, die Produktionskosten zu verringern und dadurch zugleich mit seinem im treu ergebenen Proletariat eine noch nie dagewesene Schmutzkonkurrenz auf dem Weltmarkt zu entfalten, so daß Millionen in anderen Ländern arbeitslos waren.

Das schwerindustrielle Kapital hatte sich schon während des Krieges und in ganz gewaltigem Maße nach dem Kriege konzentriert und durch sein Vormachtstellung in der Republik sich immer mehr zur Beherrscherin dieses Angstproduktes von 1918 aufgeworfen. Durch die dauernden Sachlieferungen und den damit verbundenen Ausverkauf der deutschen Republik sah es den Moment kommen, wo es keine rechten Profitmöglichkeiten mehr hatte. Er versuchte sich in eine stärkere Wirtschaft hinüberzuretten, orientierte sich nach dem Westen, um in der französischen Wirtschaft seinen Profit zu sichern. Der Zusammenschluß der deutschen Kohle mit den französischen Erzen war das Ziel der deutschen Schwerindustrie. Da die Regierungen nur die ausführenden Organe der wirtschaftlichen Kräfte sind, so setzte unter dem Kabinett Cuno die Verweigerung der Sachlieferungen ein, und da Frankreich auf diese Lieferungen seinen Etat aufgebaut hatte, mußte es eben versuchen, sich zu holen, was man verweigerte, und die Besetzung des Ruhrgebiets erfolgte.

Dieses sind in ganz großen Zügen die Ursachen der Ruhrbesetzung. Die weitere Entwicklung dürfte bekannt sein, auch das Verhalten der Arbeiterorganisationen in diesem, durch die geschichtliche Entwicklung bedingten Kampfe. Die Einheitsfront ist schon im Anfang des Artikels festgestellt worden. Mit einem Eifer, der einer besseren Sache würdig gewesen wäre, hatte das deutsche Proletariat sich für seine eigenen Sklavenhalter ins Zeug gelegt. Die Beerdigung der Essener Opfer zeigte dies ganz deutlich.

In diesem gewaltigen Ringen nun unterlag das deutsche Kapital, die deutsche Republik und ein zweiter, harter Frieden ist die Folge. Durch die monatelange Unterbrechung der Produktion zum größten Teil ist natürlich, da dieser Kampf von dem unbesetzten Gebiet finanziert werden mußte und wurde, ein ungeheures Chaos entstanden und die Wiederaufnahme der Produktion, die sich mancher kriegsbegeisterte Prolet so leicht vorstellt, beinah ein Ding der Unmöglichkeit geworden.

Inzwischen ist Deutschland das teuerste Land der Welt geworden und darum natürlich auch die Einfuhr von ausländischen Produkten eine Selbständigkeit.

Man will und muß nun den Kampf wieder aufnehmen, um auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig zu werden. Da nun bei den Rohstoffen ein Abbauen nicht möglich ist; denn die Trusts halten ihre Preise, wird eben versucht mit allen Mitteln, an der Produktion zu sparen, und dazu bedient man sich der Formel länger arbeiten, d. h. mehr arbeiten und auch billiger arbeiten.

Durch den Weltkrieg ist schon eine ungeheure Schwächung der Kaufkraft der breitesten Massen des Proletariats herbeigeführt worden, das hat sich nachher in der Wiederaufbauperiode ständig gesteigert und hat jetzt ganz krasse Formen angenommen nach dem Ruhrkrieg. Das Kapital ist nun gezwungen, mit möglichst eingeschränkter Produktion seinen Profit zu halten, da ja sein Absatzmarkt, das Proletariat, keine Konsumtionskraft mehr besitzt.

In diesem Kampf nun spielen die Gewerkschaften die Rolle des Judas. Die Gewerkschaften sind aufs engste mit dem Kapitalismus verbunden und sehen darum auch die Notwendigkeiten aller Maßnahmen, die das Kapital trifft, ein. In Abkommen, die sie treffen, geben sie erst ihre Zustimmung, um dann hinterher zu sagen: Das dürft Ihr Euch nicht gefallen lassen, weil sie wissen, daß nach mehrtägigem Streik, der nur ein freiwilliger Hungerstreik ist, das Proletariat schon so mürbe sein wird, um alle Bedingungen zu schlucken. Es wird so ganz systematisch die Niederringung der einzelnen Berufsgruppen vorgenommen und der lebendigste Teil des Proletariats teils verhaftet, teils dem Stempelmarkt überwiesen.

Aus den bis jetzt erhaltenen Schlägen, und denen, die es noch erhalten, wird auf Grund der kapitalistischen Produktionsweise, wird und muß das Proletariat erkennen, daß die Möglichkeit zu leben nicht mehr in dieser Gesellschaftsordnung vorhanden ist. Es muß mit ganzer Kraft und voller Lebensbejahung sich von seiner bisherigen Kampfweise und deren Methoden losreißen und die alten Berufsorganisationen zertrümmern nebst den dazu gehörigen poltischen, parlamentarischen Parteien.

Die Schaffung von revolutionären Betriebsorganisationen ist eine dringende Voraussetzung für die Aufrichtung der geeinten Klassenfront gegen das internationale Kapital, welches man zuerst in seiner eigenen Bourgeoisie vor sich hat.

Gerade die Kämpfe im Ruhrgebiet zeigen dem deutschen sowie dem internationalen Proletariat, daß das Proletariat niemals zugunsten einer Bourgeoisie Partei ergreifen darf, sondern daß die erste Voraussetzung für die Beseitigung der Lohnsklaverei eben im eigenen Lande gegeben sind.

Vieles, nein alles hängt vom deutschen Proletariat ab.

Erst seine Klassentat zum Sturz des kapitalistischen Systems wird die Solidarität des internationalen Proletariats wachrufen und den Weg frei machen zur höheren Gesellschaftsordnung, zur Bedarfswirtschaft, zum Kommunismus.

Lenin †

Am 21. 1. meldete die Russische Telegraphen-Agentur den Tod Lenins. Die bürgerliche Presse der ganzen Welt widmete diesem Ereignis mehr Raum, als dies bei staatlichen Repräsentanten sonst der Fall ist. Die Kundgebungs- und Beileidstelegramme anläßlich des Todes dieses Mannes stellen eine gar eigenartige Mischung dar: sie laufen abwechselnd von den Arbeiterorganisationen der Welt, und von den kapitalistischen Machthabern ein. Am Grabe Lenins türmen sich die Kränze der Ausbeuter und Ausgebeuteten der ganzen Welt zu einer bunten Pyramide und verwischen äußerlich die unüberbrückbare Kluft von Kapital und Arbeit. Stellen die Tragödie der russischen Revolution, der Weltrevolution und dessen einstigen kühnsten Streiter und motorischste Kraft sinnbildlich dar.

Wohl nie in der Menschheitsgeschichte waren mit einem Namen so gigantische Ereignisse verknüpft, wie mit dem Namen Lenin. In Lenin kristallisiert sich eine historische Vergangenheit, ein Stück Weltgeschichte, zusammengedrängte in einigen Jahrzehnten, eine Tat in einem geschichtlichen Augenblick, von so gewaltigem Ausmaße, die den bürgerlichen und sozialpatriotischen Geschichtsklitterern noch heute als ein Rätsel, ein undringliches und unerklärliches Labyrinth von Zufälligkeiten, Bösartigkeiten, bestialischen Charakteren mit teuflisch-gigantischer Willensenergie war, die im rasenden Wirbel sich überstürzender und umstürzender Explosionen das Steuer in der Hand, den Kopf oben behielten und — noch lachen konnten. So recht herzlos lachen konnten. Kein Wunder, daß jene sich heute nur recht schwer damit aussöhnen, daß der teilhaftige Santan der Weltbourgeoisie so ungestraft wüten konnte, trotz der Tatsache, daß seinem Willen natürliche, geschichtliche Schranken entgegenstanden, die den Weltenbrand auf seinen Herd beschränkten, um ihn dort zum Verglimmen zu bringen. So mischen sich giftige Pfeile und ausgegrabene Greuelmärchen in die historische Würdigung der revolutionären Terroristen als Vergeltung dafür, daß dieser Wüterich trotz alledem der rächenden Justiz der Weltausbeuter und ihrer Ordnung entging: geschichtlich und überwältigend über legen über sie hinwegschritt.

Das war, soweit menschlicher Wille und Tatkraft geschichtliche Situationen zu erfassen, zu beeinflussen, zu meistern vermögen, die geschichtlich-revolutionäre Rolle Lenins als Führer der Partei der Bolschewiki. Wie er innerhalb der bürgerlichen Welt der Wüterich, der Zertrümmerer, der Satan war, so war er es auch innerhalb der russischen Arbeiterbewegung im besonderen, in der Internationale im allgemeinen. Seine Handlungen entsprangen den Resultaten, die auf Grund einer schneidend scharfen theoretischen Untersuchung sich in seinem Hirn konzentrierten. Ein unübertrefflicher Analytiker des Imperialismus und dessen unabwendbaren Katastrophen ließ er nicht das geringste Kompromiß zu und schreckte vor keiner organisatorischen Konsequenz, keiner Spaltung zurück. In den größten historischen Augenblicken stets unverrückbar auf das Ziel lossteuernd in der Gewißheit, daß ihre Stunde kommen wird, gingen die Bolschewiki unbeirrt selbst unter scheinbar für sie hoffnungslosen Situationen ihren Weg. Im Kriege verdrängt von ihrem Wirkungskreis in Rußland, inmitten der internationalen chauvinistischen Brandung war ihnen eine einzige Wochenschrift, ein einziges Blatt, das die revolutionäre Fahne hochhielt, und in der Schweiz erschien die einzig mögliche Plattform. Ihre Zuversicht und Voraussicht des unvermeidlichen Bankrotts des Sozialimperialismus und Pazifismus trog sie nicht. Und als der im Weltkriege sich zusammenballende revolutionäre Druck in Rußland — an der schwächsten Stelle der internationalen Privateigentumsordnung — die ersten Wände zum Erzittern brachte, die Menschewiki und Sozialrevolutionäre im Sturm hin- und hergepeitscht wurden, ergriffen die Bolschewiki, mit Lenin an der Spitze, mit kühnem Griff und unwiderstehlichem revolutionären Elan das Steuer der Geschichte, und ritten ihre Feinde nieder. Unvergleichlich bleibt die Kraftleistung der bolschewistischen Partei in der russischen Revolution. Unvergleichlich ihre Prinzipientreue während des Krieges. Unvergleichlich ihr Heroismus, mit schwachen Kräften, die durch das revolutionäre Chaos sich auftürmenden organisatorischen und politischen, nationalen und internationalen Probleme in Angriff zu nehmen mit dem unerschütterlichen Willen, die so gewonnene Position zu einer Energie- und Kräftequelle der internationalen Revolution zu machen. Zu dieser historischen Leistung befähigte die Bolschewiki einzig und allein in dem Moment der großen inneren Explosionen ihre „dogmatische", „fanatische", auf die Spitze getriebene revolutionäre Theorie, deren Konsequenzen den parlamentarischen Plunder verbrannten, die bürgerliche Verfassung und den bürgerlichen Staat in die Rumpelkammer der Geschichte wandern ließ, und aus der revolutionären Lava das schneidend scharfe Werkzeug der Revolution, die Räte, erstehen ließ, und ihnen Form und Inhalt zu geben suchten. Und mitten in dem gigantischen Ringen, im Niederringen der opportunistischen und kleinbürgerlichen Parteien, einer Riesenarmee gegenüber, die die Front verließ; die konterrevolutionären Banden im Lande und von der Grenze, die Produktion und

B2

B
2

B2

der Verkehr niedergebrochen, alle gesellschaftlichen Bindungen der alten Ordnung gelöst, und für die neue nur die Theorie, täglich den Ereignissen abgerungen und abgepreßt, aller Augen des Weltproletariats auf Rußland gerichtet, aber — verständnislos: In dieser Lage — so schreibt ein bürgerlicher Literat in der Stinnespresse — dürfte wohl folgende Szene Raum und seine Unbeugsamkeit am besten charakterisieren:

„Es war eine der stürmischsten Sitzungen der Sowjets im Saale der ehemaligen Duma. Die Führer der Sozialrevolutionäre, meist hinreißende Redner, beschworen die Delegierten der Arbeiter und der Armee, hinsichtlich der verzweifelten Lage an der Front und im Hinterlande, Einigkeit zu bewahren — Lenin aber lag auf den Stufen der Empore, breit und ungeschlacht wie ein Bär, und lacht, lachte immer wieder und schüttelte sich dabei. Dieses Lachen war stärker als alles andere, so wurde die russische Demokratie totgelacht . . ."

* * *

Die Menschen machen ihre Geschichte nicht aus freien Stücken, aber sie machen sie selbst." Sie sind Vollstrecker der geschichtlichen Entwicklung, aber auch nur bis zu deren natürlichen Schranken: Das mußten auch die Bolschewiki erfahren. Der mangelnde Reifegrad des Weltproletariats enthielt ihnen die internationale Klassenbasis, die internationale Operationsbasis vor. Auf Rußland beschränkt, gaben letzten Endes die Klassenverhältnisse den Ausschlag. Das revolutionäre Proletariat opferte seine kühnsten und opferbereitesten Elitetruppen für die Interessen der breiten Bauernmassen, die ihr Blut verspritzten, nicht für den Kommunismus, sondern für das Privateigentum an Land. Ein ungeheurer Schritt vorwärts, aber der höchste Triumph blieb den Bolschewiki und Lenin versagt. Bei allem bleibt Lenin ein Verfechter vorhandener Klassenkräfte, deren Versiegen nehmen jedem die Kraft. Mit dem Brester Frieden begann der Rückzug. Ihm folgte unvermeidlich der Rückzug im Innern. Der Abbau der revolutionären Positionen. Und, mögen Menschen im letzten Ringen der Klassen Kompromisse versuchen: Die Geschichte kennt keine Kompromisse. Privateigentum oder Kommunismus stehen noch, standen in Rußland auf der Tagesordnung: Proletariat und Kapital sehen sich in das Weiße des Auges, stehen sich als Todfeinde gegenüber. Geblieben ist in Rußland die Herrschaft des Kapitals, die kapitalistische Ausbeutung, und damit der kapitalistische Klassenstaat. Mögen die Bolschewiki heute noch so sehr auf zwingende wirtschaftliche Notwendigkeiten hinweisen und ihren reaktionären Kurs entschuldigen. Im Klassenstaate herrscht auch politisch die ökonomische herrschende Klasse durch ihre Regierung, da die Vollstrecker deren Klassenwillen sind. Das sind heute die Bolschewiki. Die internationale Bourgeoisie trauert um einen der ihrigen am Todestage Lenins. Das Proletariat kann an Lenin nichts mehr verlieren; es hat ihn längst verloren.

Ideologien wirken lange noch nach, auch wenn die Gründe, die zu deren Bildung geführt haben, längst verschwunden sind. Schier grenzenloses Vertrauen zu den Führern der russischen Revolution läßt daher breite Arbeitermassen vergessen, daß einstige revolutionäre Taten kein Freibrief für spätere konterrevolutionäre Handlungen sind. Was Lenin als Führer der revolutionären Avantgarde vor und während des Krieges, und in der Oktoberrevolution gab, das war Vervollkommnung der marxistisch-revolutionären Lehre, die allein die Bolschwiki zu ihren Taten befähigten. Und die Lehren Lenins besagen dem Proletariat: Der Prozeß der Entwicklung der Weltrevolution führt das internationale Proletariat da zuerst zur entscheidenden Schlacht, wo die Produktions- und Wirtschaftskrise am tiefsten aufgerissen ist, und noch wird, in den kapitalistischen Mutterländern. Sie besagen weiter: Die Bedingungen der heutigen russischen Wirtschaftsentwicklung sind nicht die Bedingungen der Weltrevolution, sie stehen ihnen diametral gegenüber, und die russische nationale Außenpolitik ist Verrat an den Interessen des internationalen Proletariats. Sie besagen weiter: Wie im Verlauf des internationalen großen militärischen Zusammenpralls und dessen Fiasko die russische Revolution als Resultat dieser internationalen Katastrophe die Bolschewiki, mit Lenin an der Spitze, als Vollstrecker internationalen revolutionären Klassenwillens an die Spitze stellten, so zwingen die ökonomischen Notwendigkeiten der östlichen Agrarländer die einstigen Führer des internationalen Proletariats, in deren Bann und diktieren ihnen von dieser Basis aus ihre Handlungen. Und daraus folgt: das internationale revolutionäre Proletariat muß sich da zum Kampf formieren, da die großen Erfahrungen der russischen Revolution anwenden, da den mit Hilfe Lenins geläuterten revolutionären Dynamit der marxistischen Dialektik einsehen, wo der Widerspruch zwischen Profit und Leben am größten, am tiefsten klafft. Es muß in Erkenntnis seiner Klassenlage gegen die im nationalen kapitalistischen Interesse Rußland gelegenen Kompromis und Parolenpolitik Front machen, und erkennen, daß die Bolschewiki heute jenseits der Barrikaden stehen — Lenin jenseits der Barrikaden fiel.

* * *

Mögen am Grabe Lenins alle kapitalistischen Vertreter, wie zum Dank dafür, daß Lenins Autorität den „neuen" Kurs beschleunigte Kränze niederlegen. Mögen alle Sektionen der III. Internationale angesichts dieser grotesken Paarung Proletariermassen in religions-andächtig, gedankenloser Weihrauchstimmung halten: Die klassische Revolution des modernen Industrieproletariats wird über kurz oder lang diesen Schleier zerreißen und die Kräfte wecken, die die Werkzeuge, die im Blute der russischen Revolution geschmiedeten, zu gebrauchen wissen. Auf noch erhöhterer Stufenleiter, in noch gigantischerem Ausmaße werden im alten Europa die revolutionären Brandungen aufschlagen und die Klassenscheidung erzwingen zwischen hüben und drüben — zwischen Ost und West. Beweisen, daß nicht der „Leninismus" von heute, sondern der revolutionäre Marxismus, das schneidende Schwert ist, das ersteren längst zerfetzte und den Lenin selbst totlachte und der uns befähigt, trotz allen scheinbaren Triumphes reaktionärer Mächte, trotz allen Verrats an der proletarischen Sache, trotz allem Gegeifer bezahlter Einigkeitsapostel fanantisch und zielbewußt, unbeirrbar und treu und voll innerer Zuversicht loszusteuern auf unsere Stunde, die kommen wird, wie — einst — Lenin.

* * *

Das Beileid der Orgeschrepublik

Anläßlich des Ablebens von Lenin hat der Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Freiherr v. Maltzan, dem hiesigen Botschafter der Union der S. S. R. die Teilnahme der deutschen Regierung zum Ausdruck gebracht. Außerdem ist der deutsche Botschafter in Moskau beauftragt worden, das Beileid des Reichspräsidenten und der Reichsregierung dem Vorsitzenden des Zentralvollzugsausschusses des Bundes der S. S. R., Kalinin, und das Beileid des Reichsministers Dr. Stresemann sowie des Staatssekretärs v. Maltzan dem Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten, Tschitscherin, auszudrücken.

Politische Rundschau

Ueber unsere Propaganda gegenüber den Mitgliedern der KPD.

Die innerhalb der KPD. stets weiter sich verschärfende Krise und Zersetzung wird momentan erheblich gehemmt durch das formelle Verbot dieser Partei. Die gefühlsmäßig eingestellten Genossen der KPD. erblicken in dem Verbot an sich einen Beweis dafür, daß die KPD. den Klassenkampf des Proletariats dennoch ernst zu führen gewillt sei, und diese Tatsache durch das Verbot erhärtet werde. Bei den breiten Massen wirkt diese primitive Begründung sehr oft, und dem waschechtesten Sozialdemokraten ist es bei geschickter Ausnützung dieser Tatsache sehr oft möglich, grundsätzliche Argumente unsererseits einfach zu ignorieren. Die KPD-Zentrale hat durch dieses Verbot mehr Glück als Verstand. Wäre es nicht erfolgt, wäre diese Partei gezwungen, legal und öffentlich zu ihrem politischen Fiasko Stellung zu nehmen, und könnte sich nicht hinter das Verbot verstecken. So ist vorderhand die einzige politisch und theoretische Grundlage — das Verbot, und die damit zusammenhängende Illegalität. Das Gefühl! In theoretischer Hinsicht existieren innerhalb der Mitgliedschaft an Zahl gar nicht feststellbare Richtungen. Alles steht in „Opposition". Man spricht von einem bevorstehenden Parteitag und hofft, daß die „Opposition" siegen wird. Welche programmatische Linie siegen soll, damit beschäftigt man sich nicht. Man hat keine, man ist eben „Opposition".

Wenn unsere Partei in einigen Teilen Deutschlands — die meisten Organisationen sind ebenfalls „verboten" — von diesem Schicksal noch nicht betroffen ist, so liegt diesem taktischen Vorgehen der weißen Generäle die offensichtliche Absicht zugrunde, durch das schon angedeutete Gebahren einzelner KPD.-Revolutionsspießer die KAPD. noch mehr dadurch in Mißkredit im Proletariat zu bringen, als das durch ein Verbot geschehen könnte. Diese Absicht wurde verhafteten KAP.-Genossen von seiten „leitender Kreise" ganz offen ausgesprochen, und angedeutet, daß man ja gegen die KAP.-Mitglieder und Funktionäre auch ohne formelles Verbot genau dieselben Maßnahmen anwenden könne als nach demselben. In der Tat finden sich für eine Aburteilung Vorwände genug. Die Praxis beweist, daß man darum nicht verlegen ist. Wenn uns sehr oft — in Ermangelung anderer Argumente — von stumpfsinnigen Papageien vorgehalten wird, daß wir mit Erlaubnis der Polizei unsere Propaganda führen, so sei zugestanden, daß gegen eine versteinerte Borniertheit mit Argumenten an sich schlecht etwas zu machen ist. Ihnen kommt größtenteils noch nicht einmal der Gedanke, daß das formelle Verbot der Hakenkreuzorganisationen dieselben eigentlich zu denselben Argumenten berechtigt. Von dem großen Unterschied des Kampfes einer parlamentarischen Clique gegen die andere um die Macht innerhalb der kapitalistischen Ausbeuterepublik und dem Klassenkampf des Proletariats gegen den kapitalistischen Staat überhaupt, ganz abgesehen.

Diese letztere Gattung ist jedoch nicht die Mehrheit. Die Mehrheit der Mitglieder der KPD. tritt unseren Genossen größtenteils gegenüber mit dem kollegialen Lächeln des alten Freundes und mit der bis zum Erbrechen wiederholten Bemerkung, daß die „Zentrale" erledigt sei. Eine Diskussion endete meistenteils mit dem Resultat, daß unsere Genossen ohne große Kraftanstrengung einfach „recht" behalten. Man ist in allen Punkten derselben Meinung. Man schlägt nicht selten eine Zusammenarbeit vor; nimmt es gar nicht so genau. Man denkt sich sehr oft gar nichts dabei, wenn an Stelle eines KPD.-Referenten, ein solcher der KAPD. spricht, und unseren Genossen entschlüpft nicht selten der Ausruf: Da stehst du machtlos vis-a-vis.

Um diese Stimmung, diese innere grauenhafte theoretische und grundsätzliche Leere zu verstehen muß man immer wieder den Charakter einer parlamentarischen Partei im allgemeinen, den der KPD. im besonderen, berücksichtigen. Innerhalb der KPD. ist das kleinbürgerliche Element sehr stark vertreten. Jenes Element, das sich am Extremsten in den Frauen verkörpert. Ein Funktionärkörper aus diesen Elementen ist deswegen ziemlich zuverlässig, weil der Stolz auf irgend eine Funktion so stark ist, daß ein Kleinbürger eben schon durch die Tatsache als Funktionär völlig befriedigt ist. Eine geistige Produktion und Reproduktion, prinzipielle Stellungnahme zu revolutionären Problemen scheidet völlig aus. Hinzu kommt noch die teils gefühlsmäßig religiöse, teils fanatische Anbetung Rußlands und seiner Politik. Ein den Frauen eigener Zug, bei Kinderheimen, Nähstuben, ärztlichen Behandlungs- oder Beratungsstellen, Suppenkellern usw., bei der „Linderung der Not" behilflich sein zu wollen, läuft absolut auf derselben Linie. Ihre mütterliche Veranlagung zieht sie, selbst wenn es keine ausgesprochene Postenjäger sind, in eine Umgebung, wo sie von Mitleid immer aufs neue aufgepeitscht, in den Kreis der aus der Gesellschaft Ausgestoßenen hinabgezogen werden, und, gleich denen, die im Kriege vor lauter Mitleid als Krankenschwester den Klassenkampf gegen den Krieg und für die Revolution selbst vergaßen, sich in dem stets steigernden Elend stets im Kreise drehen — praktisch durch ihre Passivität gegenüber dem Elend an sich für den Klassenkampf verloren sind. Geistig regsamere Elemente wiederum sehen vor sich eine Möglichkeit, durch die Betretung der gegebenen Postenlaufbahn, die Laufbahn bürgerlichen Strebertums, sich aus der Misere zu retten. Sei es als Stadt- oder Reichstags- oder sonstiges M. d. oder als Gewerkschaftsangestellter, oder Sekretär, „Russische Handelsgesellschaft" usw. Diese, durch den Charakter und die innere Struktur einer solchen — von Rußland abhängigen Organisation, bedingt es, daß jede prinzipiell revolutionäre Tendenz sich als solche schon gegen den gesamten Inhalt dieser Organisation richten muß. Die Korruption fängt unten an, und hört oben auf, und sei es nur vorderhand eine nebelhafte Aussicht auf einen gesicherten Posten. Es ist selbstverständlich zuzugeben, daß genug, die Mehrzahl ehrliche Proletarier sind, die auch bitterste Not leiden. Aber sie werden erdrückt von der mit Gefühl und Ehrgeiz und Korruption und konterrevolutionärem Mitleid und kleinbürgerlicher Heldenverehrung gegenüber dem Rußland — daß sie als Objekte gebraucht für seine kapitalistischen Außenpolitik — kombinierten Atmosphäre, die Folge ist, so daß jede theoretische grundsätzliche Basis fehlt, und jeder seinen alten Schlendrian weitergeht; froh ist, wenn er nicht angesprochen wird.

Im Sinne des Klassenkampfes bedeutet daher diese Zersetzung nur auf weite Sicht, vorderhand in rein negativem Sinne einen Erfolg für die revolutionäre Sache. Gewiß ist die ideologische Zersetzung des Proletariats eine notwendige Voraussetzung für die Reproduktion schöpferisch revolutionärer Kräfte. Hier entsteht jedoch die Frage: wie können wir diesen Zersetzungsprozeß beschleunigen, und aus der Zersetzung heraus revolutionäre Energien formen und fördern.

Nicht dadurch, daß man den Zersetzungsprozeß, diese geistige Degeneration galvanisieren hilft durch bewußte oder unbewußte Stützung in ideeller oder organisatorischer Beziehung. Ein Revolutionär, eine revolutionäre Partei und deren Mitglieder müssen Subjekte, Beherrscher revolutionärer Probleme und treffsichere Analytiker sein. Ihre Aufgabe ist, den durch die kapitalistische Krise bedingten Zusammenbruch auch in ideologischer Beziehung zu beleuchten, den Mitgliedern der KPD. zu sagen, daß in der Politik, im Klassenkampf die Tat, nicht Worte entscheiden. Daß ein gemütliches, kraftloses Verharren in diesem Sumpf ein Verzicht auf subjektives Handeln ist, Stillstand, praktische Hilfe für die sie als Objekt benützenden klassenfremden Elemente. Sie sind vor dem Proletariat, bei jeder sonstigen Gelegenheit zu zwingen, programmatisch und prinzipiell Farbe zu bekennen. Sind ihres politischen Bankerotts und ihrer Unfähigkeit, auch nur gedanklich und begrifflich zu einem Schluß zu kommen, zu überführen. Ihnen ist nachzuweisen, daß es die Aufgabe, die erste und heiligste Aufgabe eines Revolutionärs ist, die auf Grund der revolutionären Erfahrungen in seinem Kopfe sich konzentrierenden Resultate theoretisch zu formieren, erkannte Wahrheiten zu propagieren, unbeirrt und unentwegt. In Konsequenz des selbsterkannten notwendigen Weges, alle organisatorischen Fesseln zu sprengen, die diesem Beginnen im Wege stehen. Sich über die „Masse", über den Durchschnitt zu erheben, mit Gleichgesinnten den Kampf gegen den Sumpf, gegen die reformistische Pest bürgerliche Dummheit, verderbenbringenden Kadavergehorsam und knechtselige Disziplin aufzunehmen. — Wer das nicht will, ist ein verstockter, wildgewordener Kleinbürger, wer das nicht kann, dazu verdammt, lebenslänglich genasführt zu werden: in jedem Falle keine treibende revolutionäre Kraft, sondern eine der stinkenden und gährenden Blasen, die an die Oberfläche treiben.

Revolutionäre Kritik und Selbstkritik kennt keine Sentimentalitäten, keine Sympathien, keine Gefühle, sondern lediglich revolutionäre Notwendigkeiten. Mag heute noch der innere oberflächliche Kleister die KPD. zusammenhalten: die politische Zuspitzung wird die Spreu vom Weizen sondern: die Kleinbürger in die Arme der Konterrevolution, die nach Klarheit ringenden Arbeiter jedoch werden den neuen Ufern zustreben. um so rascher, je klarer, logischer, schärfer, rücksichtsloser unsererseits die revolutionäre Klassenkampftheorie herausgekehrt, mit ihrer Hilfe die Spreu vom Weizen gesondert wird. Die famose „Zentrale" und die „Opposition", die im Prinzip für die Politik der Zentrale ist, ruft bei jeder Gelegenheit die russische Autorität an, und fügt sich deren Urteil. Um die Stimmung der Mitglieder aufzufangen, wird momentan jede Frage auf das organisatorische Geleis geschoben, um — wie früher, bei den Hundertschaften und Kontrollausschüssen — Beschäftigung zu schaffen, um den konterrevolutionären Kurs zu retten. Welcher Art diese neueste Bauernfängerei ist, soll in einem weiteren Artikel aufgezeigt werden.

Englands „Arbeiterregierung"

Jedes Volk hat die Regierung, die es verdient, und so hat das englische Volk jetzt seine Arbeiterregierung, die mit dem üblichen Handkuß beim König durch Macdonald besiegelt und dann durch Ovationen der Arbeiter auf der Straße bekräftigt wurde. Es scheint so ziemlich alles in Ordnung zu sein und England nun mit vollen Segeln den Kurs der Völkerversöhnung und der Gesundung Europas steuern zu wollen.

Diese hochtönenden Phrasen sind allerdings schon längst vergessen und alle deutschen, hoffnungsvollen Kleinbürger sind ja auch teilweise schon durch ihren „Vorwärts" eines anderen belehrt worden. Es lohnt sich hier in diesem Zusammenhang nochmal die drei wichtigen Punkte über ihre Außenpolitik aufzuzählen, die der Abgeordnete Scott Duckers im Auftrage der Labour Party aufzeigte:

1. **Die neue Regierung werde von Deutschland die möglichst größte Summe an Reparationen fordern.**
2. **Flotte und Armee Englands müssen mächtig bleiben.**
3. **Sollte im Verhältnis zu Frankreich keine Entspannung erreicht werden, so werde die Luftflotte großzügig ausgebaut werden.**

Ja, und dann, wenn die Luftflotte großzügig ausgebaut ist? Darüber schweigt man sich aus. Jedenfalls wird man mit Frankreich zur Verständigung kommen, und zwar auf dem Wege, den eben Frankreich vermittels seiner vollständig überlegenen Militärmacht bestimmen kann. Die Ueberlegenheit, äußerst verstärkt durch das Bündnis mit der Tschechoslowakei, sollte doch auch dem Denkfaulsten auffallen. Diese Vormachtstellung Frankreichs auf dem europäischen Festlande läßt der englischen Arbeiterregierung keine andere Wahl, als die Fortsetzung der alten Außenpolitik.

Wie wird nun die Innenpolitik aussehen?

Da ist das Eingeständnis des „Vorwärts" vom Dienstag, den 22. Januar geradezu köstlich, der da mit seltener Offenheit schreibt, **daß es eine vollständige Verkennung der englischen Charakterveranlagung wäre, zu glauben, daß England unter einer sozialistischen Regierung auch sozialistisch regiert würde.**

Stimmt, lieber „Vorwärts", und das Proletariat wird gut tun, sich diese Worte zu merken für die kommenden deutschen „Wahlschlachten".

Wenn die englischen Arbeiter nicht vom Siegestaumel ergriffen wären, so könnten sie schon aus den Worten ihres geliebten Macdonalds ersehen, wer der Leidtragende dieser Affenkomödie ist; denn die Worte des Führers der Labour Party gegenüber Pressevertretern — „Vorwärts", den 22. Januar, Abendausgabe — **daß ein jeder Arbeiter wirken und opfern müsse, um als Partei den Erfolg davonzutragen,** sind doch so eindeutig, daß wohl bald die Ernüchterung kommen wird.

Wirken und opfern im Interesse der Labour Party, einer parlamentarischen Partei, im kapitalistischen System, sogar noch mit einem huldreichen König an der Spitze, heißt doch nur ins Deutsche übertragen, daß die Arbeiter eben fleißig wirken und opfern müssen, wenn uns die Bourgeoisie in Amt und Würden lassen soll.

Es ist bezeichnend für den politischen Weitblick der englischen Bourgeoisie, bei dem wirtschaftlichen Zusammenbruch (riesige Arbeitslosigkeit) der englischen Arbeiterpartei die Regierung zu überlassen, nein, zu übertragen, um selbst sich freizuhalten bis zur vollständigen Abwirtschaftung dieser Kapitalsknechte. Ein Unglücksstern tauchte beim Beginn der Machtergreifung für die Arbeiterregierung auf und dies ist der verflixte Eisenbahnerstreik. Es wird sich gleich am Anfang die Notwendigkeit herausstellen, recht schnell auf dem Verhandlungsabdrosselungswege diese heikle Situation zu beseitigen, um nicht in Ungnade bei den Gunstspendern zu fallen. Daß man sich auch alle Mühe schon vorher gab, um den Streik zu verhindern, ist erklärlich und in einer großen Versammlung der Union, wo der Leiter Thomas gegen den Streik sprechen wollte, wurde er mit den Worten — „Verräter" — und „Hängt ihn auf!" unterbrochen und der Streik beschlossen.

Da man doch noch frisch gebacken ist und nicht gleich so tun kann, wird man wie schon oben angedeutet, erst den schändlichen Abdrosselungsweg beschreiten; doch dann, wenn man erst fester im Sattel sitzt, wird der englischen Arbeiterregierung der Ruhm der deutschen sozialistischen Regierungen nicht schlafen lassen und das englische Proletariat wird seine Scheidemänner, Noskes, Hörsinge und Severinge auch erleben und in einer Sache möchten auch wir dem „Vorwärts" vom 22. Januar zustammen, wo er folgenden klassischen Satz prägt: **„Im übrigen kann man wohl sagen, daß die Ziele und die Interessen der englischen Demokratie in weitem Maße identisch sind nicht nur mit denen der deutschen, sondern auch der französischen Demokratie."**

Jawohl, auch dem englischen Proletariat wird der Weg nicht erspart bleiben, der Weg des Leidens und Kämpfens um eine höhere Gesellschaftsordnung, um den Kommunismus, wenn es leben will. Unbarmherzig werden ihm seine Führer das einpauken mit den Mitteln, die eine eindeutige Sprache reden, und am Ende wird, schneller als das Proletariat es glaubt, die vollendete Demokratie in England dastehen, wie sie jetzt der deutsche Michel vor sich sieht und unter der er gezwungen ist, sich aufzubäumen in wilder Verzweiflung oder in Stumpfsinnigkeit den Dingen ihren Lauf lassen. Dem revolutionären Proletariat fällt die gigantische Aufgabe zu, mit Zähigkeit und unermüdlichen Ausdauer dem Proletariat als Klasse die Erfahrungen der Geschichte zu übermitteln, daß es zwischen Kapitalismus und Kommunismus nur eine einzige mögliche Uebergangsform gibt, und dies die Diktatur des Proletariats ist, die in den revolutionären Räten ihren Ausdruck findet. Dafür wirken und alles opfern, sei unsere Pflicht.

Die es wissen müssen

Die „Rote Fahne", Nr. 36, erlaubt sich auch ein Urteil über die englische Arbeiterregierung. Man muß das Urteil tatsächlich selbst lesen. Wir lassen es folgen:

„Die Debatte über die Thronrede im englischen Unterhaus hat mit ziemlicher Klarheit erwiesen, daß die Regierung Baldwin bei der entscheidenden Abstimmung gestürzt und in der Folge eine Regierung aus den Reihen der Arbeiterpartei an der Spitze mit Macdonald gebildet wird. Die Arbeiterpartei ist im Unterhaus eine Minderheit und die bürgerlichen Parteien können die kommende Regierung Macdonald stürzen, wenn es ihnen beliebt und angenehm ist. Die Arbeiterregierung wird in England auf rein parlamentarischer Grundlage gebildet und eben deshalb wird sie bald abwirtschaften. Gegen Kapital, Kapitalismus und Bourgeoisie will Macdonald nichts Ernstes unternehmen, und der radikalere linke Flügel der Labour Party — die schottische Gruppe — ist einstweilen in der Minderheit. Die Bildung auch dieser Arbeiterregierung in England ist an sich eine weltgeschichtliche Tatsache, welche aber auf die außenpolitische Lage Deutschlands kaum fühlbar einwirken wird. Macdonald wird vielleicht schöne Reden gegen den französischen Imperialismus halten, aber machen wird er nichts. Die VSPD. hausiert schon jetzt mit Macdonald und möchte neue Illusionenen erwecken. **Die Illusionen werden noch früher zerflattern als die Arbeiterregierung selbst, weil eben diese Arbeitsregierung keine richtige Arbeiterregierung, sondern nur eine Regierung der Arbeiterpartei ist. Und die Abeiterpartei ist eben die Vereinigung der eingefleischten Opportunisten, Reformisten, kleinbürgerlichen Pazifisten, Gewerschaftsbürokraten. Der englische Versuch mit der Arbeiterregierung wird die Augen der englischen Arbeiter öffnen. Er wird beweisen, daß mit Parlament, Demokratie keine richtige Arbeiterpolitik zu führen ist.**

*

Also weil die englische Arbeiterregierung keine richtige Arbeiterregierung ist (Sachsen und Thüringen waren richtige), darum wirds nichs werden. Daß die Kommunistische Partei Britanniens aber stolz ist, mit dem Sumpf dieser eingefleischtesten Opportunisten, Reformisten, kleinbürgerlichen Pazifisten und Sozialisten, nebst Gewerkschaftsbürokraten gerechnet zu werden (siehe Briefwechsel zwischen KP. Britanniens und der „Labour Party" in Proletarier Nr. 4) dieses verschweigt die KPD. ihren Lesern. Würde ja auch ein noch größeres Durcheinander hervorgerufen, als wie es jetzt schon ist. Der letzte Satz, daß mit Parlament, Demokratie keine richtige Arbeiterpolitik zu führen ist, hat jedenfalls eine große Bedeutung; denn in Sachsen bei den Gemeindewahlen hat man ja bewiesen, was man im Interesse des Parlaments alles einsteckt. (Sächsische Wahlzeitung unter Vorzensur). Nicht darauf kommt es an, was man sagt, sondern was man tut.

Sie haben's gelernt

Stettin, 22. Januar. Die pommerschen Landwirte halten gegenwärtig in Stettin ihre Landwirtschaftliche Woche ab. Bei der Begrüßungsfeier hielt Freiherr v. Wangenheim-Kleinspiegel eine Rede, in der er seine Berufsgenossen darauf aufmerksam machte, daß jetzt der Zeitpunkt gekommen sei, wo durch die Konsolidierung der Währungsverhältnisse unserem Volke über das Schwerste hinweggeholfen werden müsse. Die Landwirtschaft stehe vor Zeiten, die stark an die Caprivi-Zeit erinnerten. Schon jetzt mache sich starke Auslandskonkurrenz fühlbar. In Ostpreußen werde russischer Roggen mit 3—4 M. pro Zentner angeboten. **In Argentinien heize man die Lokomotiven mit Getreide. Auch für die Industrie bestehe die Gefahr, daß Deutschland mit billigen amerikanischen Maschinen überschwemmt werde.** Man müsse sich daher klar sein über die Forderung zum Schutze der heimischen Produktion. **Die Landwirtschaft gebrauche Kredite von der Rentenmark.** Die Steuern dürfen nicht produktionshemmend wirken. **Die jetzige Art der Erwerbslosenfürsorge müsse in den Papierkorb fliegen. Ein Arbeitsdienstjahr sei einzuführen.** Alle Berufsstände müssen, wenn es mit dem deutschen Volk aufwärts gehen soll, Hand in Hand arbeiten.

*

Daß man in Argentinien die Lokomotiven mit Getreide heizt, ist dem Proletarier nichts neues. Interessant ist vor allem das Arbeitsdienstjahr, welches ja immer mehr Befürworter erhält und auch schon wieder in versteckter Form bei der Tagung der Ortsausschüsse des ADGB. von Berlin-Brandenburg, die am Sonntag, den 20. Januar in Berlin stattfand, auftauchte. Dort erklärte nämlich der Vertreter des ADGB., Spliedt, daß das

Ermächtigungsgesetz mit der Arbeitszeitverordnung nicht in Verbindung

stehe. Die Verordnung, die seinerzeit den Achtstundentag gesetzlich einführte, war am 17. November abgelaufen. Damit war für das Unternehmertum die Bahn frei, die Arbeitszeit nach Belieben zu verlängern. **Dem ist durch die Arbeitszeitverordnung ein Riegel vorgeschoben. Sie hält grundsätzlich am Achtstundentag fest.** Wo die Gewerkschaften stark genug sind, die Ueberschreitung des Achtstundentages zu verhindern, da bleibt er erhalten. — Wir leiden jetzt in Deutschland unter einer großen Arbeitslosigkeit und unter dem Mangel an Mitteln für eine ausreichende Unterstützung. Die Arbeitslosenunterstützung darf nicht grundsätzlich ausgeschlossen werden, aber wir müssen uns fragen, **ob man die dafür aufgewandten Mittel nicht produktiv verwenden kann, ohne die Interessen der Erwerbslosen zu schädigen.** Die Ueberwachungsausschüsse der Arbeitsnachweise haben festzustellen, wo eine Pflicht zur Arbeit vorliegt, daß die Arbeit gerecht verteilt wird, und daß man von den Arbeitslosen nichts Unbilliges verlangt. Darum müssen die Gewerkschaften geeignete Personen in die Ausschüsse senden. **Der ADGB. berät jetzt einen Plan, nach dem, wenn er verwirklicht wird, einige hunderttausend Arbeitslose in der landwirtschaftlichen Produktion und in der Siedlung untergebracht werden.**

Dieser neue Plan, mit dem die altbewährten Führer Schwanger gehen, kann ja dann noch ausgebaut werden, und da ja nun Wangenheim sowie Leipart eben das Volk durchführen wollen durch die kapitalistische Wüste, an deren Ende ja das kapitalistische Neuland in Gestalt von Hochkonjunktur sein soll, so wird wohl der Plan des Arbeitsdienstjahres bald seine Verwirklichung finden und Biedermann hat recht gehabt, d. h., wenn das Proletariat nicht allen einen Strich durch die Rechnung macht und vermittels seiner Diktatur mal etlichen die Bedeutung des Wortes, wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen, beibringt.

Die Pleite

Der Präsident, der Vorstand und einige Mitglieder des Verwaltungsrates der Deutschen Rentenbank, laut WTB., hat bei dem Reichsfinanzminister und dem Reichsaußenminister ihre schwersten Bedenken dagegen erheben, daß die Besatzungskosten für das besetzte Gebiet weiterhin gezahlt werden. Die jetzt eingetretene Stabilisierung der Währung werde nach ihrer Auffassung nicht aufrechterhalten werden können, wenn diese Zahlungen fortgesetzt würden. Die Stabilisierung sei nur dann gewährleistet, **wenn die Ausgaben des Reiches sich mit den Einnahmen im Einklang befänden und der Reichshaushaltsplan im Gleichgewicht bleibt.** Nach den ihnen bei den Kreditanträgen zugegangenen Aufstellungen des Reichsfinanzministers sei die Herbeiführung des Gleichgewichts für das Jahr 1924 nur dadurch ermöglicht worden, daß die Ausgaben auf das kaum Erträgliche beschnitten und die Einnahmen in einer Höhe angenommen seien, daß man eben noch mit ihrem Eingang rechnen könnte. Würde dieses Gleichgewicht durch so große Ausgaben, **wie sie die Besatzungskosten darstellen,** überschritten, dann seien große Fehlbeträge unvermeidlich. Aus bereiten Mitteln könnten diese Fehlbeträge zurzeit nicht gedeckt werden.

Es würden daher nur die Neuschaffung von ungedeckten Zahlungsmitteln übrig bleiben, welche eine **neue Inflation im Gefolge haben würde. Die Rentenbank halte sich im Interesse der Aufrechterhaltung der Stabilität der Währung für verpflichtet, gegen die Weiterzahlung der Besatzungskosten ihre warnende Stimme zu erheben.**

*

Wie diese Rechnung, die Ausgaben mit den Einnahmen in Einklang zu bringen, aussieht, darüber gab vor einigen Tagen der Finanzminister der stabilisierten Republik Auskunft in einer Rede, die er in Hamburg hielt, und in der er sagte:

„Ich muß bemerken, daß bei der Aufstellung des Haushaltsplanes für 1924 **die Hoffnung in Rechnung gestellt ist, daß die Wirtschaft einen Teil der Erwerbslosen wieder in das Berufsleben aufnimmt.** Wichtig ist ferner, **daß der Haushaltsplan keine Summen für die Reparationen und Besatzungskosten enthält. Die jetzige Festsetzung der Beamtengehälter darf ferner nicht als dauernd angesehen werden, sondern kann nur vom Reich als Opfergabe seines Beamtenstandes angenommen werden.**

Und deswegen — so fuhr er fort — muß die deutsche **Arbeitsleistung auf das höchste Maß gebracht werden.** Begrüßt werden muß die beginnende Einsicht der deutschen Arbeiter (!), daß nach einem verlorenen Kriege nicht weniger gearbeitet werden darf, sondern mindestens ebensoviel wie früher. **Die Lösung der oben angedeuteten finanziellen Fragen kann nur durch das Ausland erfolgen, und zwar auf dem Wege der Kredite."**

Neben der Unmöglichkeit der Finanzierung des Ruhrgebietes, sagt der Herr Finanzminister hier ganz unverblümt, daß der Haushaltsplan keine Kosten für Reparationen vorsieht. Daß ferner die Beamten eine „Opfergabe" in der jetzigen Höhe ihrer Gehälter zu erblicken hätten, und ein weiterer Abbau bevorstehe. Daß ferner „man damit gerechnet hätte," daß die Industrie einen Teil der Erwerbslosen aufzunehmen in der Lage sei, und so die Kosten der Erwerbslosenunterstützung vermindert würden. Worauf man diese Vermutungen aufbaute hat der Herr Luther nicht verraten, sondern sich damit begnügt, zu erklären, daß ohne ausländische Kredite sowieso nichts zu

Franz Mehring

(gestorben am 29. Januar 1919)

Am 29. Januar jährt sich zum fünften Male der Todestag Franz Mehrings. Um zwei Wochen nur hat er seine Mitstreiter im revolutionären Kampfe überlebt. Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, die mit ihm den Spartakusbund gründeten. Auch er starb, wie sie, als ein Opfer der Gegenrevolution, auch wenn er hoch betagt, schwerer Krankheit erlag. Denn daß die Krankheit ihn, den hochgewachsenen, mit 72 Jahren noch rüstigen Mann so schnell fällen konnte, davon war die Ursache die brutale Verfolgung, die während des Krieges die Diktatur der Offiziersbanden über ihn verhängt hatte. Sie warfen ihn in Schutzhaft mit allen Leiden und Entbehrungen, wie sie nur die Infamie der berufsmäßigen Soldatenschinder ausdenken konnte. Der ganze Haß der Soldateska sammelte sich gegen ihn, wie gegen Karl und Rosa, weil er der Aelteste unter den Sozialisten und Revolutionären, dem imperialistischen Kriege den Kampf bis aufs Messer angesagt hatte. Seine Artikelserie „Kriegsartikel", im Verlag der „Aktion" erschienen, legen Zeugnis davon ab. Seine Feder, mit der er jahrzehntelang dem Proletariat gedient hatte, stellte er unerschrocken in den Dienst der Revolution. Er war im Krieg Mitverfasser von Flugblättern und den bekannten illegalen Spartakusbriefen.

Mit Karl Kautsky gehört Franz Mehring der Generation der Sozialisten an, der, auf Marx und Engels folgend, die Aufgabe zugefallen war, die Lehren der Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus unter dem Proletariat zu verbreiten, sie zur Grundlage und zum Leitgedanken der revolutionären Politik gegen die Bourgeoisie und ihren Staat zu machen. In der Hand Karl Kautskys und seiner Anhänger verwandelte sich diese Aufgabe, die Arbeiterschaft von der geistigen Gefolgschaft des Bürgertums loszureißen und ihr Bewußtsein für ihre revolutionäre Rolle, ihre Befreiung vom Joche des Kapitalsmus, zu wecken, in eine Annäherung des marxistischen Gedankensystems an kleinbürgerliche Vorstellungen. Kautskys Popularisierung des Marxismus führte zu seiner Verflachung und Mechanisierung. Die Kampfstellung des Proletariats gegen die Bourgeoisie, sein Ziel, die politische Macht zu erobern und die Wirtschaft umzugestalten, erschöpfte sich für Kautsky in rein parlamentarischer Opposition, in einer Politik, die nur auf den Wahlkampf eingestellt war und die notwendig im Burgfrieden und in der Arbeitsgemeinschaft enden mußte.

Franz Mehring packte die Aufgabe so, wie sie allein gelöst werden kann: er gewann die Arbeiter für den Marxismus, indem er ihn im Kampfe des Tages anwandte, und in der Anwendung fortbildete über die Grundlagen hinaus, die Marx und Engels ihm gegeben. Der ist kein guter Chirurg, der immer nur von seinem scharfen Messer spricht, aber mit ihm nicht operiert. Franz Mehring war ein guter Marxist: er hat nicht viel von Soziologie und historischem Materialismus geredet. Er hat die marxistische Methode angewandt und am Resultat, in seinem Werk gezeigt, daß er sie zu meistern verstanden hat.

Als ein Meister der Sprache offenbart sich Franz Mehring, wie ihn seit Lessing und Heine die deutsche Prosa nicht mehr gekannt hat. So scharf und so klar, so glänzend und so funkelnd wie bei diesen beiden Klassikern deutscher Sprachgestaltung sind bei Franz Mehring die Sätze gebildet und die Gedanken geformt. In der Sicherheit auch und Bewährung des kritischen Urteils steht er ihnen zur Seite.

Dieses wundervolle Werkzeug, die scharfe Waffe seiner Feder hat er geschliffen an der Einsicht, die ihm der Marxismus in die geschichtlichen Zusammenhänge verlieh.

Franz Mehring war vor allem Geschichtsforscher. Aber er war kein Gelehrter, der in Archiven gräbt und froh ist, wenn er Regenwürmer findet. Die umfassende Kenntnis der Tatsachen, in der es ihm kein Universitätsprofessor gleichtat, war ihm nur selbstverständliche Voraussetzung für seine Arbeit: Diese Tatsachen nach der Forschungsweise von Marx und Engels zu ordnen und in Zusammenhang zu bringen, die Methode des Marxismus in der geschichtlichen Forschung selbst zu bewähren, in der Arbeit selbst das Instrument des historischen Materialismus zu vervollkommnen und so dem Proletariat neue Erkenntnisse zu vermitteln, die ihm zur Waffe in seinem Befreiungskampfe würde. Das ist der Grundgedanke, der die so verschiedenartigen Werke Franz Mehrings verknüpft. Die Geschichte einzustellen auf den politischen Kampf. Daran hat er gearbeitet als politischer Schriftsteller, als Literatur, und Kunsthistoriker, als Geschichtsschreiber Preußens und der Partei als Marxbiograph.

Wahre Kunstwerke sind seine politischen Spitzenartikel, die er durch viele Jahre hindurch in der „Neuen Zeit" allwöchentlich geschrieben hat. Viele von ihnen sind heute noch, nach Jahren, lesenswert, weil sie zeigen, wie Franz Mehring ein politisches Tagesereignis zum Anlaß wurde, mit meisterhafter Klarheit und Schärfe das grundsätzlich Wichtige, das für das Proletariat Entscheidende solcher Tagesfragen in Skizzen von oft nur anderthalb Seiten Umfang herauszuheben.

Im Feuilleton der „Neuen Zeit" hat er als Erster es unternommen, vom sozialistischen Standpunkte aus an die Kunstkritik heranzugehen. Was er hier geleistet hat, seine Aufsätze zur deutschen Literatur z. B. über Heinrich von Kleist, sind Bausteine zu einer Literaturgeschichte auf marxistischer Grundlage. In gleicher Richtung liegt seine Würdigung Heines in einer von ihm besorgten Heineausgabe, liegt sein Schillerbuch. Alle diese Arbeiten stehen turmhoch über den kritischen Untersuchungen mancher Modernen, die glauben, als Sozialisten zu kritisieren, wenn sie mit ein paar Schlagwörtern vom Klassenkampf und Revolution um sich werfen, die aber nicht verstehen, daß es die Aufgabe der sozialistischen Kunstkritik ist, dem Proletariat das Erbe vergangener Kultur kritisch zu vermitteln.

Groß vor allem war Franz Mehring als Historiker Preußens. Ein Preuße aus dem dunkelsten Preußen, aus Pommern, hat er durch die Geschichte hindurch die Schändlichkeiten, Niederträchtigkeiten und Gemeinheiten aufgedeckt, an denen keine Geschichte so reich ist und deren keine herrschende Kaste so zahlreiche aufzuweisen hat, wie die Preußens. Die „Lessinglegende", das klassische Hauptwerk Franz Mehrings, steht hier im Mittelpunkt. In ihr zerstört er die liberale Professorenlegende vom großen König, indem er die großen Schranken aufzeigt, die ihm durch das Junkertum gesetzt waren. Der „Lessinglegende" schließen sich an die historischen Skizzen „Von Jena bis Tilsit" und „Von Kalisch bis Tauroggen" die der offiziellen preußischen Geschichtslüge über die „schwere Zeit vom Jahre 1806 und die Befreiungskriege die geschichtliche Wahrheit entgegenstellen. Eine „Deutsche Geschichte" vervollständigt diese Reihe der Arbeiten Franz Mehrings, die für die allgemeine Gecsbichtskenntnis unentbehrlich sind.

Die Parteigeschichte hat Franz Mehring erst geschaffen. Seine „Geschichte der deutschen Sozialdemokratie" und sein „Literarischer Nachlaß von Karl Marx und Friedrich Engels" sind für alle spätere Forschung über die Geschichte des Sozialismus grundlegend geworden. Seine Einleitungen zu den im zweiten Werk gesammelten Jugendschriften von Marx und Engels führen zusammen mit diesen Jugendschriften mitten hinein in das wirtschaftliche und geistige Leben der Zeit, in der der wissenschaftliche Sozialismus entstanden ist. Gekrönt hat er diese Arbeiten und abgeschlossen das Werk seines Lebens mit der „Marxbiographie", zu der bedeutsame Beiträge er früher schon in der „Neuen Zeit" veröffentlicht hatte.

* *

Von Franz Mehrings schriftstellerischen Arbeiten seien hier ganz besonders angeführt: „Gustav Adolf", ein Fürstenspiegel, „Vorwärts", Berlin 1904 — „Jena oder Tilsit?", Leipzig, 1906 — „Schiller", ein Lebensbild für den deutschen Arbeiter, Leipzig 1909 — „Deutsche Geschichte vom Ausgang des Mittelalters", Leitfaden für Lehrende und Lernende, Berlin 1910 — „Von Tilsit nach Tauroggen 1807—1812", Stuttgart 1912 — „Von Kalisch bis Karlsbad 1813—1819, Stuttgart 1912. — „Freiligrath und Marx in ihrem Briefwechsel", Stuttgart 1912 — „Die Lessinglegende", Stuttgart 1913 — „Lit. Nachlaß, Marx und Engels", Stuttgart 1913 — „Kriegsartikel", Berlin 1918 — „Karl Marx", Geschichte seines Lebens", Leipzig 1918.

B 2

B2

machen sei. Kredite sind nun wohl nicht zu haben, dafür jedoch eine stark einsetzende Inflationskonkurrenz von seiten Englands und Frankreichs, als auch von anderen Ländern, deren Währung ins Wanken gerät, z. B. Dänemark. Eine weitere Einschränkung der Produktion muß die Folge sein, weil selbst eine 14stündige Arbeitszeit nicht genügen würde, diese Konkurrenz zu unterbieten. Die Einstellung der Unterstützungen für das Ruhrgebiet ist somit die erste Folge. Infolge der Unmöglichkeit, die Erwerbslosen unterzubringen und so weitere Steuerquellen zu erschließen, wird die Republik mit der Einstellung der Erwerbslosenunterstützung nur einem „zwingenden Gebot der Stunde“ folgen, in der Hoffnung, daß die Erwerbslosen begreifen, daß sie im Interesse des Vaterlandes etwas rascher verrecken müssen, um eine neue Inflation zu verhüten. — Es kracht schon wieder in allen Ecken und Kanten, und sehr bald wird der innere Ausverkauf beendet sein, und die momentan scheinbare Ruhe wieder in die Binsen gehen. Die Demokratie kann sich nicht einmal mit dem „sozialen Inhalt“ eines Zuchthauses mehr begnügen, sie muß ihre Gefangenen möglichst rasch und billig ins Jenseits befördern, und wird sie dort hin befördern, wenn die zum Tode verurteilten Lohnsklaven nicht bald begreifen, daß sie ihr Schicksal als Todeskandidaten nur abwenden können, wenn sie der demokratischen Republik mit samt ihren Demokraten und Sozialdemokraten nicht selbst durch die Revolution das Genick abdrehen.

Der moderne Strafvollzug

In einem Artikel in der illustrierten Beilage des „Vorwärts“ „Volk und Zeit“, Nr. 2, kommt die widerlichste Heuchelei der sozialdemokratischen Lakaien zum Ausdruck. Der Schreiber des Artikels C. Lt. bezeichnet, preist unsere jetzige Zeit als eine glückliche, wo es keine Folterkammer, Feuertod oder sonstige Qualen gibt. Er schreibt wörtlich:

„Der moderne Strafvollzug sieht in dem Gefangenen nicht das Objekt, **das man zu steinigen und zu plagen sucht, sondern den Menschen, den man durch verständnisvolle Behandlung** auf den rechten Weg zu leiten bestrebt ist. Zu den Erziehungsmitteln gehört in erster Linie die Arbeitsbeschäftigung, die soviel Tagesstunden einnimmt, als durch Gesetz gestattet ist. Aber auch während der freen Zeit wird für das geistige Wohl der Gefangenen gesorgt, um die Eintönigkeit des Gefängnislebens zu unterbrechen. In neuerer Zeit ist man dazu übergegangen, den Geist der Strafanstaltsinsassen durch Vorträge und Konzerte usw. anzuregen, ihnen einen Lichtstrahl von der Außenwelt hinter die Mauern zu schicken, sie durch den Genuß des Gehörten auf das **Gute und Schöne in der Welt hinzuweisen und sie dadurch wieder zu nützlichen Gliedern der Gesellschaft zu erziehen!“**

Dann lobt er die Künstler, Sänger und Arbeitergesangvereine, die sich in den Dienst der guten Sache gestellt haben und den Gefangenen patriotische oder fromme Lieder vorsingen. Zum Vortrag kamen in der betreffenden Anstalt folgende Lieder: Nach Griegs „Vaterländisches Lied“, dann von Schubert „Herr, den ich tief im Herzen trage“, Gesänge der „Tempelszene“ aus Mozarts „Zauberflöte“ usw. Weiter schreibt die widerliche Lakaienseele, daß solche Veranstaltungen für die Gefangenen eine Vergünstigung ist, d. h. wer sich nicht gut führt, wird von der Teilnahme an den Genüssen ausgeschlossen.

Schamloser sind wohl die Proleten nie verhöhnt worden und widerlicher ist wohl selten die Klassenjustiz der Neu-Zeit verherrlicht worden. Wir wollen zunächst an Schriften und Reden von alten Sozialdemokratie erinnern, Bebel und Wilhelm Liebknecht, wie sie gerade die Gemeinheiten und die Willkür der preußischen Strafanstalten bekämpften.

Dann die Schrift von dem noch lebenden Eugen Ernst über: „Polizei und Spitzelwesen“. Sepp Oerter hat ein Buch geschrieben „8 Jahre Zuchthaus“. In dem er eingehend das System des Zuchthauses und das Leben der Gefangenen schildert. Er geht speziell ein, auf das „Erziehungsmittel der Arbeit“. Wo von jedem nach kurzer Lehrzeit Pensum verlangt wird. Wenn es nicht geleistet werden kann, wird Faulheit oder Arbeitsscheu angenommen. — Dunkelarrest — Wasser — Brot, sind die weiteren Erziehungsmethoden. Der so Gepeinigte kommt noch geschwächter heraus, vorschriftsmäßiges Pensum nun erst recht unmöglich und die Erziehungmethoden wiederholen sich solange, bis das Opfer dieser bestialischen Systems zusammenbricht. Sepp Oerter schildert erschütternd, wie das Redeverbot qualvoll wirkt, und gerade von den „kriminellen Verbrechern“ am meisten durchbrochen wird. Wo sieht man hier den Menschen in den Gefangenen. Wenn sich die Zuchthaustore hinter ihm schließen, ist er oft für immer aus der menschlichen Gesellschaft ausgeschlossen. Er, der jetzt geächtet, äußerlich und innerlich gezeichnet ist, der geschoren, in Sträflingskleider mit einer Nummer versehen, hat aufgehört Mensch zu sein, ist nur noch Nummer. Gleichzeitig ist er jetzt der Dummheit und Willkür von viehisch rohen Beamten (Henkersknechten) ausgeliefert.

Aber wird man sagen, diese Zeiten liegen 10—20 Jahre zurück — wir haben doch von dem guten, modernen Strafvollzug geredet.

Nun gerade die letzten fünf Jahre sind noch viel zu frisch in Erinnerung, um diesen grausamen Hohn nicht noch mehr zu empfinden. Die letzten fünf Jahre, unter der freiesten Republik der Welt wiegen die Grausamkeiten von 100 Jahren vorher auf. Dicke Bücher könnte man über diese Dinge schreiben. Wie der alte Kadavergehorsam, Kasernenhofdrill, raffinierte Gemeinheit und Schurkereien wahre Orgien in allen Gefängnissen und Zuchthäusern feiern, daß erst Hungerstreik und sogenannte Meutereien Zeugnis für die „verständnisvolle“ Behandlung ablegen müssen. Mit strenger Bestrafung der Rädelsführer und Strafversetzung der Beteiligten, hofft man jeden Widerspruch zu ersticken. Eine Rundfrage durch die Strafanstalten auf „verständnisvolle Behandlung als Mensch“, aber **bei den Gefangenen**, nicht Direktion, würde eine so furchtbare Anklage der modernen Zivilisation sein und würde die ganze Perversität der untergehenden kapitalistischen Gesellschaftsordnung kraß aufzeigen.

Wir wollen jetzt gar nicht von den politischen Gefangenen reden, sondern von den „gemeinen Verbrechern“. Durch wen sind sie „schuldig“ gesprochen? Schon Schiller sagt: „Erst laßt Ihr den Armen schuldig werden, dann überlaßt Ihr ihn der Pein“. Dieselbe Gesellschaft, die über sie Gericht sitzt, hat sie doch erst dahin gebracht. Nicht aus Uebermut oder Ueberfluß stiehlt jemand, sondern erst durch schlechte Entlohnung in die elendste soziale Lage gedrängt. Oft durch Arbeitslosigkeit und Krankheit von dieser Profit-Gesellschaft auf die Straße gespieen, fängt dieselbe „göttliche Weltordnung“ ihre Sklaven wieder in den Strafanstalten auf, um hier in Zwangsarbeit umsonst die Arbeitskräfte auszubeuten.

Straf-Anstalt! Wofür sollen diese Menschen bestraft werden? Daß sie ihr ganzes Leben in bitterster Armut ohne Licht und Sonne, wie das Vieh aufwachsen und nicht gutwillig krepieren wollen, sondern sich etwas zum leben holten?

Und die, die sich gut führen, d. h. sich widerspruchslos diesem System fügen, dürfen sich dann alle Jahre ein- bis zweimal patriotische und fromme Lieder anhören — und dadurch hofft man, sie wieder zu „nützlichen Mitgliedern der Gesellschaft zu erziehen“.

Nur erst dann werden sie das Letztere werden, wenn sie als Mensch wohnen und leben können, wenn die kapitalistische Un—Ordnung beseitigt. Nur die Bedarfswirtschaftsweise und Kommunismus können diese Dinge endgültig lösen. Dafür zu kämpfen ist unser aller Ziel. Dann aber werden wir diesen heutigen Verrätern ein Lied vorsingen, daß ihnen Hören und Sehen und Heucheln vergehen wird, und der moderne Strafvollzug, das Volkstribunal, wird mit liebevollem Verständnis sie so behandeln, wie sie es verdient haben.

Wirtschaft

Der „Preissturz“

Die Rentenmark hat nicht nur eine Stabilisierung der Preise, sondern sogar einen Preisabbau zuwege gebracht. Und alle Kleinbürger, die infolge des sie umgebenden Illusionennebels nicht über die eigene Nasenspitze hinweg sehen können, jubeln, daß nun die „gute alte Zeit“ wieder im Anzug begriffen sei. Der „Vorwärts“ meint, daß die Sozialdemokratie immer „recht“ hatte, weil sie ja schon vor Jahren die Stabilisierung der Valuta verlangte. Man muß sich wundern, daß SPD. und Gewerkschaften nicht schon 1918-19 das „wertbeständige Geld“ schufen, als sie die absolute Macht im Staate hatten. Oder noch besser hätten sie es 1914 schaffen können, statt die Proletarier zur „Vaterlandsverteidigung“ und zum Halsabschneiden aufzufordern. Auch der bornierteste Kleinbürger wird hier erkennen, daß die Rentenmark resp. ihr „Preissturz“ ebenso die Auswirkung bestimmter realer Ursachen sind, als der Krieg es war.

Zuerst ist die Tatsache festzustellen, daß die Preise — an der Rentenmark gemessen — von Woche zu Woche um 1 bis 2 Proz. zurückgehen. Für das Proletariat als Klasse hat dieser Preisabbau nur eine verschwindende Bedeutung. Nur wenige und kleinere Schichten werden Vorteil daraus ziehen. Mit dem 1. Februar tritt eine Erhöhung der Fahrpreise um 150 Prozent ein und die Mieten werden bedeutend erhöht. Die auf der Straße liegenden 4 Millionen Arbeitssklaven und die mit dem Kündigungsbrief in der Tasche auf dem Abbauetat Stehenden, werden diesen Preisabbau ebensowenig als eine Gesundung ansehen, als die Proletarier in den Betrieben, denen die Löhne immer um eine Kleinigkeit mehr abgebaut werden als die Preise. Schon diese Tatsachen deuten an, daß der Preisabbau als Folge der Valutastabilisierung kein Mittel zur Gesundung, sondern Keime und Erscheinung der fortschreitenden Krankheit der Wirtschaft sind.

Andeutungsweise mögen erst die Ursachen des tatsächlichen Preisabbaues gestreift werden:
Grundstoff des industriellen Produktionsprozesses und Preisregulator für alle Waren ist die Kohle. Zur Zeit der Inflation mußte der Preis ab Zeche bzw. beim jeweiligen Besitzer so bemessen werden, daß er alle Markverluste auf ihrem Wege über die Syndikate, Grossisten, Kleinhändler bis zur Bezahlung durch den Konsumenten in sich schloß. Je kühner die voraussichtlichen Markverluste an der Quelle der Preiskalkulation geschätzt und auf die Grundpreise aufgeschlagen wurden, desto mehr entwertete sich die Mark und vielfach hatten die Instanzen, welche die Kohle durchwanderte, Verlust, zehrten von der Substanz. Der Proletarier, der nur wenig Substanz zuzusetzen hatte, zehrte von seinem Mark und Bein. Als die Einkalkulierung des zu erwartenden Valutaverlustes bis Eingang der Kaufpreise, infolge Stabilisierung der umlaufenden Zahlmittel nicht mehr nötig war, konnten um diesen Betrag oder um einen Teil derselben die Preise herabgesetzt werden. — So verhält es sich mit allen Waren. Außerdem aber bewirkt schon eine Herabsetzung der Kohlenpreise eine Preisherabsetzung aller Industrieprodukte. Die Ursache des Preisabbaues ist also eine sich zwangsläufig ergebende. An der Ursache der Zerrüttung der Wirtschaft ist dadurch nicht ein Jota gebessert. Im Gegenteil, der Preisabbau wirkt als Wechselwirkung weiter zerstörend.

Eine entscheidende Bedeutung im Abbau der Preise für Lebensbedürfnisse fällt den Agrarprodukten zu. Die oben angedeuteten Momente berühren sie nur zum Teil. Die Landwirtschaft produziert heute wohl um den Teil billiger, den ihre Bedarfsgegenstände im Preise gefallen sind. Dies macht indes nur einen Teil des Preisabbaues der Agrarprodukte aus. Die Landwirtschaft konnte während der Inflationsperiode fast gar nichts verkaufen, da sie ihre Bedürfnisse nicht decken kann beim Verkauf ihrer Produkte, sondern nach Bedarf. Verkaufsmöglichkeit trat für die Landwirtschaft erst ein, als sie wertbeständige Zahlungsmittel erhielt, die sich im Kasten nicht von einem Tage zum anderen verminderten. Während Industrieprodukte — selbst an der Rentenmark, d. h. am amerikanischen Dollar gemessen — immer noch erheblich über den Vorkriegpreisen (und über dem Weltmarktpreise) stehen, sind Agrarprodukte zum Teil bedeutend unter diesen gefallen. Vor dem Kriege kostete der Weizen in Berlin 204 M, heute dagegen 153—155 M für die Tonne. Der Weizen ist also heute 49 bis 51 M oder etwa 25 Proz. billiger als damals. Roggen früher 172 M, gegenwärtig 136—140 M, also 32—36 M, oder rund 20 Proz. weniger als in der Vorkriegszeit. Da die Landwirtschaft (mit ihrer Rentenbank) heute aber tatsächlich die politische Macht ausübt und der treibende Faktor der Abbauordnung ist, kann das schon nichts zu tun haben mit dem guten Herzen der Agrarier, die schon rücksichtslos alles erdrosselten, als sie noch weniger Macht hatten. Die Landwirtschaft hat alle Speicher voll Produkte und **muß** verkaufen, um für ihren Bedarf Geld in die Hände zu bekommen. Ihr Geldbedarf zum Frühjahr ist groß, die Kaufkraft aber herabgemindert. Es gibt mehr Agrarprodukte als Bedarf, die Preise werden herabgesetzt. Gedrängt zu Preisabschlüssen werden die deutschen Agrarier durch das Ausland. Die deutschen Preise stehen über Weltmarktpreis, das Ausland liefert nach Deutschland billiger, als deutsche Produzenten es vermögen. Selbst französischer Weizen ist billiger als deutscher. Ein weiterer preisdrückender Faktor ist die Agrarkrise der ganzen Welt. Infolge der zerstörten Kaufkraft im Proletariat leidet die Agrarwirtschaft der ganzen Welt am Absatzmangel. Selbst in reinen oder vorwiegenden Agrarstaaten — Australien, Kanada, Südamerika, Nordamerika — erhält die Landwirtschaft Staatsunterstützung. In der bankrotten deutschen Novemberrepublik ist das umgekehrt, die Landwirtschaft muß den Staat geldlich unterstützen, sollen nicht selbst die weißen Ordnungshüter rebellieren. Um den geringen deutschen Bedarf bewerben sich viele Waren in- und ausländischer Herkunft. Das alles zusammengenommen sind die Ursachen des Preissturzes.

Zusammen aber — im Vordergrund der „Preissturz“ — sind es Symptome der fortschreitenden Erkrankung des Wirtschaftskörpers. Während der Inflation zehrten Staat und Industrie von der Substanz. Trotzdem der Staat seine Riesenlast Trillionenschulden los wurde auf Kosten des Proletariats und der Mittelständler, wurde er ausgepumpt vom Schwerkapital, das Kleinkapital vom Großkapital. Die Industrie wieder zehrte von der Substanz infolge Absatzmangels, deren eine Auswirkung der Wirtschaftskrieg an der Ruhr war. Nur die Landwirtschaft hielt ihre Substanz zusammen. Heute dagegen beginnt auch die Landwirtschaft von der Substanz zu zehren. Auch für diese kommt die Zeit der Industrie. Auch sie wird das Land unbebaut lassen, statt Geld zuzusetzen, hauptsächlich, wenn gar nichts mehr zuzusetzen ist. Die vielumworbene Kaufkraft des deutschen Inlandes kann das deutsche Industriekapital schon nicht mehr ausnützen. Es bekommt für die Rentenmark im Auslande weder Rohstoffe noch Kohlen und muß den Inlandsmarkt ungenützt lassen. Für die Auslandsproduktion wieder fehlt der Absatz. Auch, wenn die deutschen Proletarier sich nochmals die Hälfte ihrer Löhne abbauen lassen und länger schuften, das Ausland folgt auf dem Fuße. Außerdem können nur ausgemachte Schwachköpfe annehmen, daß der verlodderte Provduktionsapparat der deutschen Industrie und Landwirtschaft gegen den hochentwickelten Amerikas wird konkurrieren können.

Das private Kapital muß versuchen durch Lohndrückung und Arbeitszeitverlängerung zwecks rationellerer Ausnützung der Produktionsmittel und Schaffung eines lohndrückenden Reserveheeres auf den Weltmarkt zu kommen. Denn nur für Devisen bekommt es Rohstoffe und Kohlen. Es hat kein Interesse am Inlandsmarkt. Die Kaufkraft wird zerstört, die Steuerkraft geschwächt. Das Agrarkapital muß den Staat erhalten. Es zwingt ihn zum Abbau der Arbeiter und Beamten, zerstört Kaufkraft und Steuerzahlung, zerstört sich seine Absatzmöglichkeit, seine eigene Grundlage. Reich, Staaten, Gemeinden drucken Geld oder „Anleihen“, die als Geldersatz umlaufen, bringen die deutsche Wirtschaft im Auslande in Mißkredit. In Frankreich ist die Inflation im Gange, in England arbeitet man darauf hin, die in Deutschland durch den Preisabbau erzielte Wirkung wird dadurch wieder illusorisch. Der Geldbedarf des Reiches, der Staaten und Gemeinden kann nur zu einem Bruchteil durch Steuern gedeckt werden. Zusammenbruch oder neue Inflation ist notwendig. Inflation ermöglicht die Hinausschiebung des Zusammenbruches. Also wird die neue Inflation das Nächste sein. In dieser Kette von Wirkung und Wechselwirkung ist der Preisturz ein Symptom der Krisenverschärfung des sterbenden Kapitalismus.

Aus der Partei

Bezirkskonferenz Berlin-Brandenburg

Partei und Union (20. 1. 24.)

Vertreten waren: Eberswalde, Forst, Fürstenwalde, Oranienburg, Königswusterhausen, Stendal und Rüdersdorf. — Hauptausschuß der Partei: RAA. der Union, Berliner AA. der Partei und Union, VRUK., Jugend. Als Außenbezirke von Groß-Berlin: 13., 15. und 21. Bezirk.

Tagesordnung:

1. Politische Lage, Partei und Union.
2. Organisatorisches.
   a) Organisatorisches.
   b) Berichte der Ortsgruppen.
   c) Berichte der Obleute Berlin-Brandenburg über ihre Tätigkeit.
   d) Agitations- und Propaganda-Möglichkeiten im Orte und der Umgegend. Stützpunkte — Presse — Oeffentliche Versammlungen.
   e) VRUK.
   f) Jugend.
3. Verschiedenes.

Punkt 1:

Der Referent legte in kurzen Umrissen, von der Todeskrise des Kapitals ausgehend, die politische und wirtschaftliche Lage dar. Genau so eingehend und treffend wie unsere Presse dies seit ihrem Bestehen getan hat. Besonders wurde die neue englische Arbeiterregierung stark unter der Lupe genommen. Auf das ganze Referat einzugehen, erübrigt sich. Eine gründliche, längere Diskussion, vervollständigte das Gehörte noch in sehr vielen Punkten. Es zeigte sich hierbei, daß in den Gruppen, wo eine starke in sich klare Parteimitgliedschaft vorhanden ist, die Union in jeder Beziehung gut arbeitet und vorwärtskommt.

Punkt 2:

Aus den Berichten der Ortsgruppen, war zu ersehen, daß ein ziemlich guter und bewußter Kern der Union und Partei vorhanden ist. In einzelnen Gruppen kann und muß natürlich intensiv und aufopfernder gearbeitet werden. Allenthalben kam zum Ausdruck, daß auch in allen Orten der Provinz die Unternehmer den Zehnstundentag mit allen Mitteln versuchen einzuführen.

Rege Diskussion erfolgte nach Verlesung der Richtlinie der VRUK., in welcher zum Ausdruck kam, den Opfern de revolutionären Bewegung mit allen Mitteln zu helfen.

Stützpunkte für das Jungproletariat mit Hilfe der Parte und Union für die KAJ. zu schaffen, um der Jugend den We des bewußten Klassenkampfes zu weisen, war die Quintessen des Punktes: „Jugendfrage“.

Propaganda- und Agitationsmöglichkeiten wurden so gründlich und umfassend besprochen, daß, wenn nur ein Teil in di Wirklichkeit umgesetzt wird, für die Zukunft das Beste i Bezirk zu erwarten ist. Besonderes Material soll in kürzeste Zeit der Ortsgruppen zugehen. Für weitgehendste Verbreitun ist zu sorgen.

Folgender Beschluß wurde einstimmig gefaßt:

Der abzuführende Pflichtbeitrag für die VRUK. ist vo 10 auf 15 Proz. erhöht worden.

Alles in allem — von der letzten Konferenz bis zu diese ein erfreulicher Schritt vorwärts.

Mitteilung

An die Ortsgruppen im Reich

Wir benötigen von dem Jahrgang 1923 die Nr. 1 („Ro Jugend“) mit der Ueberschrift: Cuno, der ehrliche Makler.

Die Ortsgruppen werden ersucht, vorhandene Exemplar einzusenden.

Weiterhin machen wir darauf aufmerksam, daß die Ze tungsabrechnung nach wie vor an der bekannten Stelle zu e folgen hat.

Zeitungsvertrieb Groß-Berlin.

Verantw.: Sengebusch, Köln. — Herausg. von der KAP
Druck: Karl Bergmann, Berlin.

Proletarier

30/1.24 Zeitschrift für Kommunismus

Nr. 8, Jahrgang 5 | Januar 1924 | Preis 0,15 Goldmark

Die Lage des französischen und englischen Kapitals

Trotzdem die finanzielle und wirtschaftliche Lage Englands und Frankreichs von ausschlaggebender Bedeutung für die weitere Entwicklung der deutschen Wirtschaft ist, beschäftigt sich die bürgerliche Presse äußerst wenig mit den Konsequenzen, welche aus dieser für das deutsche Kapital entstehen. Sie befaßt sich augenblicklich allzu sehr mit dem Verbreiten der „Märchenstimmung“ über die geglückte Stabilisierung der Mark. Allmählich nehmen aber auch die kritischen Auslassungen über die gefährdete Zukunft einen größeren Raum ein. Auf dem Papier liegt ein Haushaltsplan fix und fertig da, der einem Ausgleich zwischen Einnahmen und Auslagen enthält. In diesem Haushaltsplan fehlen aber vollkommen die Ausgaben für die Reparationsleistungen, die Besatzungskosten und die an die Schwerindustrie zu zahlenden Beträge für die Sachleistungen. Der Vorstand der Rentenbank, welcher sich allmählich zu einem Ueberwachungsorgan für die deutsche Finanzwirtschaft herausgebildet hat, verlangt von der Regierung die Einstellung der Zahlung für die Besatzungskosten. Dieser Schritt würde zu neuen erheblichen Komplikationen führen. Er würde geradezu einer Kriegserklärung an Frankreich gleichkommen. Es muß ganz offen ausgesprochen werden, daß die deutsche Landwirtschaft, welche die Führung innerhalb der Rentenbank inne hat, einen derartigen Schritt wünscht. Sie möchte sich von den Zuschüssen an die Schwerindustrie befreien. Sie kann dies nur, wenn das französische Kapital den entscheidenden Schritt in der Ruhrfrage macht. Sie sucht daher dem französischen Kapital eine günstige Gelegenheit dazu zu bieten. Die Verweigerung der Zahlung der Besatzungskosten wäre das beste Mittel, um diese Frage ins Rollen zu bringen. Nach außen hin bildet die Notwendigkeit der Stabilisierung der deutschen Währung einen sehr guten und anscheinend auch triftigen Grund. Das deutsche Kapital kann immer wieder darauf hinweisen, daß ein Scheitern der von ihm „schon durchgeführten“ Stabilisierung auf die Haltung des französischen Kapitals zurückzuführen sei. Es kann damit eine neue Aera der Erfüllungssabotage einleiten. Es kommt ihm vor allem darauf an, eine Beschleunigung in der Lösung der Reparationsfrage herbeizuführen. Die augenblickliche Konstellation, insbesondere die augenblickliche englische Arbeiterregierung erscheint ihm äußerst günstig. Der begonnene Wiederaufbau bildet nach außen hin die beste Unterlage für den Nachweis seines Erfüllungswillens. Es ist sich wohl bewußt, daß die Gewährung eines Moratoriums hauptsächlich von der Haltung des französischen Kapitals abhängig ist.

Das französische Kapital befindet sich augenblicklich in einer starken Krisis. Es macht jetzt zum ersten Mal nach dem Jahre 1914 Anstrengung, um den Staatshaushalt ins Gleichgewicht zu bringen. Es hat eingesehen, daß ein weiteres Sinken des Franken nicht aufzuhalten ist, wenn es nicht daran geht, die Mittel zur Deckung des bisher ausschließlich aus Anleihen bestrittenen besonderen Teils des Haushalts die sogenannten „Dépenses récouvrables“ durch die Steuer zu decken. Als Dépenses récouvrables bezeichnete man die Ausgaben, deren Deckung man aus den deutschen Reparationsleistungen erwartete. Sie haben augenblicklich die sehr beträchtliche Höhe von ca. 150 Milliarden Francs erreicht. Die vorgeschlagenen Steuern sind aber inzwischen fast sämtlich abgelehnt worden. Selbst, wenn sie angenommen wären, so war es doch sehr fraglich, ob sie zur Deckung ausgereicht hätten. Der Voranschlag der Regierung für das Reparationsbudget rechnete mit rund 7,5 Milliarden Francs, von denen 4,5 Milliarden durch den 20proz. Steuerzuschlag, 2 Milliarden durch schärfere Erfassung der Personalsteuern vom Aufwand und dem Vermögensbesitz und der Rest durch Ersparnisse in den Ausgaben flüssig gemacht werden sollten. Der sogenannte ordentliche Staat des französischen Haushaltes ist auch nur auf dem Papier im Gleichgewicht. Wie hoch in Wirklichkeit das Defizit ist, darüber ist keine Schätzung möglich. Seit den ersten Kriegsjahren ist keinerlei Rechnungslegung über die effektive Höhe der Einnahmen und Ausgaben mehr erfolgt, trotzdem ein besonderes Gesetz aus dem Jahre 1921 dies angeordnet hat. Bisher betrug das Defizit des ordentlichen Etats 30 bis 40 Milliarden jährlich. Seit Kriegsende hat der französische Staat in der Hauptsache vom Kredit gelebt, ohne das bis zum Beginn der Ruhraktion die französische Währung darunter gelitten hätte. Es konnte auch damit rechnen, dies weiterhin tun zu können. Die außerordentliche Sparkraft des Landes, welche schon früher Frankreich zum Bankier der Welt gemacht hatte, hatte es ermöglicht, den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete aus eigener Kraft zu finanzieren. Außerdem noch das erhebliche Defizit durch Anleihen zu decken und schließlich auch noch die notwendigen Mittel zur Finanzierung seiner europäischen Hegemoniepolitik zur Verfügung zu stellen. Das Vertrauen in die Finanzkraft hat Poincaré dazu verführt, auf die Reparationen mehr und mehr zu verzichten und an deren Stelle durch Besetzung des Ruhrgebietes sich einen teilweisen Ersatz zu sichern. Die französische Regierung hat auf der Londoner Konferenz im Herbst 1922 das finanzielle Ergebnis der Ruhrbesetzung auf zwei bis zweieinhalb Milliarden Goldmark jährlich veranschlagt. Diese Kalkulation hat sich als vollkommen falsch erwiesen. Seit Beginn des Jahres 1923 ist ein starkes Fallen des Franken eingetreten. Die Besetzung hat ungeheure Kosten verursacht, die in keinem Verhältnis zu den Einnahmen standen. Während sich bei einer Friedensparität von 5,18 gegenüber dem Dollar sich der Kurs in den Jahren 1915 bis 1918 zwischen 5,52 bis 5,88 hielt, und sogar am 31. Dezember 1918 auf 5,45 stand und nur allmählich bis Ende 1922 auf 14,04 stieg, trat eine rapide Aenderung im Jahre 1923 ein. Die ersten zwei Quartale wiesen schon mittlere Durchschnittskurse von 15,74 bis 15,32 auf und zeigten damit eine überraschende Widerstandskraft des Francs. Erst die letzten Dezembertage brachten ein schnelleres Tempo. Der Dollar schnellte auf über 19 empor. Die ersten 14 Tage 1924 brachten einen weiteren Fall des Francs auf 23 für einen Dollar. Die von der französischen Regierung eingeleitete Stützungsaktion kann nur für eine verhältnismäßig kurze Zeit eine Stabilität des Franken schaffen. Es fehlen vollkommen die Voraussetzungen für eine Steigerung der Einnahmen. Die fran-

Märchenstimmung

Ob der nahende Frühling mit dazu beiträgt, daß sich vieler Proletarier, die noch die Ehre haben, im Produktionsprozeß zu stehen, so einer Märchenstimmung bemächtigt hat, die sie einfach blind macht für alles andere? Die sie ganz gelassen über alles mögliche diskutieren läßt, nur nicht über den Belagerungszustand, der geht doch dem braven Untertan nichts an. Augenblicklich hat er kein Bedürfnis für die hohe Politik. Es ist ja bald die Wahlzeit, na, dann besucht man schließlich ein paar Wahlversammlungen und dann reichts wieder für eine ganze Weile.

Es reicht dann solange, bis man durch die Gesundungskrise plötzlich, ehe mans sich so recht überlegt hat, auf dem Stempelmarkt als Neuling eingetragen wird und dann manchmal, auch nicht immer, zur Erwerbslosenversammlung geht und schließlich, weil man vieles nicht versteht, da man sich doch vorher um nichts gekümmert hat, brüllt: „Seid Euch doch bloß einig“, oder „nein, nein, wie ihr's machen wollt, so geht's nicht.“ Damit ist die Sache der Weltgeschichte für solch ein Gehirn erledigt.

Ist diese Märchenstimmung denn durch irgend etwas berechtigt?

Ein Blick in die bürgerliche Presse, die Ueberschriften genügen doch schon, zeigt auch dem naivsten Gemüt, daß diese Märchenstimmung ein wahrer Zauberglaube ist. Wenn des „Deutschen Reiches“ Finanzminister Dr. Luther in seiner Reichsgründungsrede (Radio natürlich) sagt, daß die Wirklichkeit härter denn je sei, und daß alles, aber auch alles von allen Volksgenossen daran gesetzt werden müßte, damit das Reich nicht zum Märchen wird, so hat das sicher seine tiefen Gründe. Und dieser Zauberglaube ist einfach nicht zu verstehen, der da glaubt, daß mit dem „Abbau“ schon Schluß gemacht werden könnte. Sogar Männer, deren Wort Gewicht hat, sind nicht von dieser Trunkenheit frei, denn etwas anderes ist es doch nicht. Auch ein Angetrunkener sieht alles im rosigsten Lichte und weil er's auch zugleich doppelt sieht, hat er auch einen zweifachen Genuß, wie Heine in seiner „Harzreise“ sagt. Da ja nun auch die Bockbierfeste nebst ihren Wirkungen sich bemerkbar machen, so ist ein Teil dauernd in einer Märchenstimmung und der andere wird den Katzenjammer gar nicht los. In fetter Ueberschrift bringen die bürgerlichen Pressereptilien die Meldung vom Rückgang der Erwerbslosen. Fürwahr ein erfreuliches Zeichen für die Spießer, ist doch wieder eine Seite seiner zwiespältigen Seele etwas beruhigt worden.

Was von diesen Meldungen zu halten ist, weiß das Proletariat. Gezählt werden nur die amtlich gezählten und unterstützten Erwerbslosen und da nun viele die Zwangsarbeit für den bankrotten Magistrat in Berlin wie wohl auch in anderen Städten ablehnten, so ergibt sich daraus zwangsläufig bei Entziehung der „riesigen“ Unterstützung ein Rückgang der Erwerbslosigkeit. Dann hat sich die Textilindustrie in Mitteldeutschland etwas gehoben, weil man auf teuren Absatz spekuliert, infolge der schlechten Baumwollernte. Dies mag manchem Kleinbürger in eine Märchenstimmung versetzen; doch das Proletariat wird gut tun, sich die Kämpfe all seiner Klassengenossen zu durchdenken, um den kommenden wirtschaftlichen und politischen Stürmen nicht hilflos wie ein Kind gegenüber zu stehen.

In Frankreich dagegen ist alles andere, denn Märchenstimmung. In dem Parlament findet der Froschmäusekrieg statt, um zu entdecken, wer wohl Schuld haben mag an dem Sturz des Franken. Wenn man dem „Vorwärts“ glauben darf, soll sogar ein Kammersturm stattgefunden haben um, ja, um was wohl? Na, um des Kaisers Bart, den alle beschreiben und niemand gesehen hat. Das Rätselraten um des Franken Sturz bringt denselben nicht mehr auf die Höhe, weil eben die Grundlage der Währung, die Wirtschaft national wie international, zerstört ist. Mit immer festerem Griff muß das französische Kapital und die französische Regierung, die ja nur das ausführende Organ des Kapitals ist, auch wenn Sozialisten oder sogar Kommunisten das sogenannte Heft in den Händen haben, zupacken, um durch den besiegten Deutschen mit seinen Reparationen aus seinem Finanzelend herauszukommen. Immer mehr Ausgaben erfordert diese Machtfarge in bezug auf das stehende Heer, weil eben Rechtsfragen — Machtfragen sind, und immer mehr verfliegt der Traum auch des französischen Proletariats vom Aufstieg der Nation. Die besiegten sowie die Siegerländer steuern unwiderruflich dem Untergang zu und sind durch parlamentarische Spiegelfechtereien nicht davor zu bewahren. Eine Aenderung kann nur durch die proletarische Revolution, durch eine radikale Umwälzung des bestehenden Systems, durch die Klassentat des Proletariats gegen die Bourgeoisie und ihren Staat, herbeigeführt werden.

Doch eitel Lust und Wonne, richtiger Zauberglaube, waschechte Märchenstimmung herrscht im Reiche jenseits des Kanals, als durch eine völlige unblutige Revolution das englische Proletariat durch seine Labour-Party die Macht aus der Hand des Königs in Empfang nahm und diesen Akt der „olle gemütliche Mac“ mit einem Handkuß besiegelte. Märchenstimmung herrscht auch heute noch bei diesen kleinbürgerlichen Elementen von Arbeiterführern, die sich bei Festessen mit dem Prinzen des englischen Königshauses in fröhlicher Weinlaune rühmen und stolz erklären, daß ihr Patriotismus durch nichts in der Geschichte übertroffen werden kann. Stolz und Dankbarkeit empfinden sie gegenüber diesem Reich, daß solch eine demokratische Verfassung hat, in der man es vom Maschinenputzer bis zum Minister bringen kann und darum auch dieses Reich nebst seiner Verfassung erhalten bleiben muß, mag kommen was da will. Daß diese Märchenstimmung aber nur in den Köpfen der Auserwählten noch herrscht, sehr schnell aber beim englischen Proletariat verschwunden ist, davon legen Zeugnis ab, der englische Lokomotivführerstreik, dem sich jetzt ein Riesenstreik der Dockarbeiter anzuschließen scheint. Besser kann gar nicht dem Proletariat das Unsinnige der Klassenversöhnung und des Klassenausgleichs im Kapitalismus aufgezeigt werden, als wie es in England jetzt bei diesem rasend schnell ablaufenden Film der Arbeiterregierung mit ihrer sogenannten unblutigen Revolution geschieht. Das englische Proletariat wird sehr schnell lernen müssen, daß dieses Reich mit seiner „demokratischen“ Verfassung nichts weiter ist oder noch werden wird, wie die „vollendete Demokratie“ in Deutschland, nämlich ein „Ordnungsstaat“, in dem die Bourgeoisie lebt und genießt, und das Proletariat in Disziplin stirbt, weil dies der Ordnung entspricht. Sehr schnell wird auch das englische Proletariat sich des russischen Ablegers, der Kommunistischen Partei Britanniens, entledigen müssen, die sich in dem Sumpf der kapitalistischen Liebedienerei und des minsterialistischen Lakaientums so Wohl fühlt, wie die Sau im Dreck. Zur Klärung der Gehirne des englischen sowie auch des internationalen Proletariats eine sehr zu begrüßende Stellungnahme.

Stimmung, Trauerstimmung herrscht in dem Riesenreich Rußland, ist doch das neue Väterchen, ihr Lenin, gestorben. Mit einem an das schwarzeste Mittelalter erinnernden Kult wird dort Stimmung gemacht für einen Toten, der im Kampf gegen das Kapital großes, sehr großes geleistet hat, dann aber auf Grund der ökonomischen Verhältnisse sich gegen das revolutionäre Proletariat entschied, wozu die Autoritätsduselei des Proletariats nicht wenig beitrug.

Nicht dadurch, daß man hinter den Sarg eines Toten, eines über die Zeit hinwegragenden Menschen, einhergeht, oder mal an den Betreffenden denkt und einen Seufzer von sich gibt, ehrt man denselben, sondern dadurch, daß man sich in sein Lebenswerk vertieft und seinen Höhepunkt versucht zu erkennen, um dann in dieser Erkenntnis weiter zu wirken zum Fortschritt der Menschheit. Und da hat das internationale Proletariat viele Toten zu beklagen, die es gerade in den Januartagen verloren hat und deren Wirken und Kämpfen mit dem Wirken Lenins bis 1919 zusammengefaßt werden kann in dem **Schlachtruf der proletarischen Revolution: „Alle Macht den Räten.“** In diesem Kampf der Klassen, der sich prozeßartig abspielt, gibts keine Götter, die man verehrt und schließlich anbetet, sondern da steht jeder auf seinem Posten, den er ausfüllen kann im Interesse der Befreiung der Menschheit vom kapitalistischen Joch, nach seinen Fähigkeiten. Namenlos kämpft die proletarische Revolution. Wohl mit hoher Begeisterung, aber niemals mit Zauberstimmung wird die geschichtliche Entwicklung vorwärts getrieben, doch getragen muß die Begeisterung sein von der tiefen Erkenntnis der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse. Und diese Erkenntnis dem Proletariat übermitteln, trotz seiner teilweisen Märchenstimmung, ist die Aufgabe des klassenbewußten Proletariats.

Trotz alledem.

B 2